

Spätausgabe des „Vorwärts“

Eingekaufspreis:
Die 1/2 Hft. Will-
metersche 30 Pf.
Die Restmenge
kostet 2 Mark.
Robette u. Co. Hft.



Papen gegen Arbeiterrechte

Dilettantische Pläne zur „Ankurbelung der Wirtschaft“

Es ist ein Programm des Verfassungsbruchs, das Herr von Papen gestern in Münster entwickelt hat. Ein Mann, der vom ganzen deutschen Volke abgelehnt wird, vermischt sich, Pläne zu entwickeln, die nur in Jahren durchgeführt werden können und die er unter Abwehr „aller Störungen durch Parteien“ zu verwirklichen gedenkt. Was heißt das anderes, als daß der ganze Umbau des Staates und der Wirtschaft unter Ausschaltung des Reichstags vorgenommen werden soll!?

Herr von Papen bringt es dabei noch immer fertig, sich auf „die Grundsätze der Verfassung“ zu berufen. Aber der erste Grundsatz der Verfassung, den er zu beachten hat, lautet, daß ein Kanzler, dem der Reichstag das Vertrauen entzieht, zu verschwinden hat. Will Herr von Papen diesen Grundsatz mißachten, so hat er kein Recht, sich auf die Verfassung zu berufen.

Die Pläne, die er gestern entwickelt hat, sind welt- und volksfremder Art. Sie werden die verheißene Ankurbelung der Wirtschaft nicht bringen. Aber wären sie ebenso sozial gerecht, wie sie sozial ungerecht sind, und wären sie ebenso genial wie sie dilettantisch sind — der Versuch, sie dem Volke mit Gewalt aufzuzwingen, wäre dennoch zum Scheitern verurteilt! Diese Pläne, zu deren Rundstück sich Herr von Papen gemacht hat, sind mit umgekehrtem Vorzeichen bolschewistisch. Sie sind der Bolschewismus des Großkapitals, sie stellen den Versuch dar, einem Volk, das um seine Meinung nicht gefragt wird, eine Reform der Wirtschaft aufzunötigen. Je weiter dieser Versuch fortschreitet, desto gewisser werden die Klassenkämpfe in Deutschland von dem Boden der Legalität abgedrängt werden. Wer zuletzt diktiert, diktiert am besten!

Die Rede des Reichskanzlers hat gezeigt, wie weit die Zerstörung der Verfassung bereits fortgeschritten ist. Der fanatische Kampf des Nationalsozialismus gegen das „System“, auf der anderen Seite die kommunistische Mißachtung der Verfassungsrechte als Mittel des Klassenkampfes haben zu einer Vermirung geführt, deren Ruiniertheit die äußerste Politische und soziale Reaktion ist. Der Versuch des Zentrums, gemeinsam mit den nationalsozialistischen Feinden der Verfassung wieder zu verfassungsmäßigen Formen des Regierens zurückzukehren, ist ein wenig aussichtsreiches und gefährliches Experiment.

Heute reist Papen zu Hindenburg, um von ihm die Aufhebungsorder zu erbitten. Erhält er sie, so ist damit die äußerste Grenze dessen, was noch als verfassungsmäßig gelten kann, erreicht. Wird aber dann nicht binnen sechzig Tagen wiedergewählt, dann ist der Verfassungsbruch vollzogen.

Auch der Reichspräsident, von dem Herr von Papen seinen Auftrag hat, ist an die Verfassung gebunden. Wer dem Reichspräsidenten den Rat erteilt, gegen die Verfassung zu handeln, begeht ein Verbrechen am Staat!

Den Wortlaut der Rede geben wir auf der dritten Seite.

Strafantrag gegen Hitler.

Wegen Beschimpfung der Ohlauer Reichsbannerverurteilten

Der Verteidiger der Ohlauer Reichsbannerleute, Rechtsanwalt Dr. Braun-Wagdeburg, wird im Auftrage seiner Mandanten gegen Adolf Hitler und die Verbreiter seines Aufrufes Strafantrag wegen Beleidigung stellen.

Hitler hat die Ohlauer Angeklagten als Mörder bezeichnet, obgleich niemand dieser Reichsbannerleute wegen Mord, Totschlag oder auch nur wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang angeklagt oder bestraft wurde. Es soll Adolf Hitler vor Gericht der Unterschied zwischen Ohlau und Beuthen vor Augen geführt werden.

Gewerkschaften an Hindenburg

Protest gegen Papens Sozialmaßnahmen

Die Vorstände der freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben heute mittag folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten abgefasst:

Reichspräsident von Hindenburg, Neudeck.
Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über die Absichten der Reichsregierung bedeuten die tatsächliche Vereitelung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechtes und eine einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften appellieren an den Herrn Reichspräsidenten, einer solch beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu verweigern und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.

Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Vorstand
des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Widerstand der Gewerkschaften

In gewerkschaftlichen Kreisen sind, wie wir hören, die Pläne des Herrn von Papen mit einem Gemisch von Erstaunen und Empörung aufgenommen worden. Man ist erstaunt darüber, daß ein Reichskanzler über sozialpolitische Dinge mit so wenig Sachverständnis redet, und man ist zugleich empört darüber, daß eine winzige Minderheit, die das ganze deutsche Volk gegen sich hat, in die schwer erlängten Arbeiterrechte in so brutaler Weise einzugreifen gedenkt.

Mit größter Steifigkeit wird der Plan aufgenommen, Neueinstellungen von Arbeitern mit einer Prämie von 400 Mark zu belohnen. Man weist darauf hin, daß aller Voraussicht nach

allen möglichen Schiebungen Tür und Tor geöffnet sein wird. Es würde eine Kleinigkeit für Unternehmer sein, sich dahin zu verabreden, daß einer von ihnen die entlassenen Arbeitskräfte des anderen aufnimmt, um sich dafür eine Prämie von 400 Mark pro Kopf jährlich zu sichern! Innerhalb der bestehenden Konzerne zumal wäre eine derartige Umgruppierung auf Kosten der Steuerzahler eine ganz einfache Manipulation.

Auch dem Gedanken, eine Minderung der Löhne einzutreten zu lassen als Belohnung für Einstellung neuer Arbeitskräfte stehen die Gewerkschaften durchaus ablehnend gegenüber. Sie verweisen auf die Gefahr, daß nach diesem geplanten neuen System

der neu eingestellte Kollege den Arbeitern als ein Minderer ihres Lohnes erscheinen

würde, als einer, der den schon Beschäftigten ein Stück von ihrem Brot wegnimmt. Starke Widerstände der Belegschaften gegen ein derartiges System seien ganz unvermeidlich. Was Herr von Papen über die Starrheit der Tarife und ihre notwendige Lockerung gefagt hat, betrachtet man in Gewerkschaftskreisen als eine Sammlung gefährlicher und bedenklicher Schlagworte. Die vielfach behauptete Starrheit der Tarife ist gar nicht vorhanden, vielmehr sind die Tarife in der ausgiebigsten Weise gegliedert und allen örtlichen und Branchenverhältnissen angepaßt. Das Schlagwort von der nötigen Lockerung des Tarifwesens ist nach Meinung weiser gewerkschaftlicher Kreise nur zu dem Zweck erfunden, um die Rückkehr zum sogenannten freien Arbeitsvertrag zu ermöglichen, der den Arbeitnehmer als den Schwächeren, zumal in Krisenzeiten wie den gegenwärtigen, in eine völlige hoffnungslose Lage bringt.

Aus all dem geht hervor, daß die Gewerkschaften — und wir nehmen an, das gilt für die Gewerkschaften aller Richtungen — den Plänen des Herrn von Papen schärfsten Widerstand entgegenzusetzen entschlossen sind.

Wilde Wirtschaftspläne

Die Regierung der Barone beim Experimentieren

Die Regierung Papen hält sich auch, obwohl ohne Auftrag vom Volk, zu den freigeistlichsten wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen für besugelt. Der Reichskanzler hat in den Mittelpunkt seiner Ankündigungen Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise, zur Beendigung der Deflation gestellt. Schält man das Wesentliche heraus, so ist die Reichsregierung von der Idee geleitet, durch steuerliche Entlastung und durch Abbau von Tariflöhnen der Privatwirtschaft solche Anregungen zu geben, daß bei dem jetzt oder bald erreichten Tiefpunkt der Krise diese Erleichterungen der Wirtschaft zu einer Ausdehnung der Industrieaufträge führen und parallel mit der erwarteten allgemeinen Wirtschaftsbelebung ein starker allgemeiner Wirtschaftsaufschwung eintreten kann.

Der Kernpunkt ist die Ausgabe von

Steueranrechnungsscheinen an Steuerzahler.

Die vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 gezahlten Umsatzsteuern sollen zu 50 Proz., Gewerbesteuern zu 40 Proz., Grundsteuern zu 25 Proz., Beförderungsteuern (Reichsbahn und andere Verkehrsmittel) zu 100 Proz. den Steuerzahlenden in Steueranrechnungsscheinen wieder zur Verfügung gestellt werden. Die Scheine werden von den Finanzämtern bei der Steuerzahlung ausgestellt. Sie können bei der Zahlung von Steuern in den Jahren

1934 bis 1938, also in fünf Jahren in Zahlung gegeben werden. Sie können aber auch als Kreditunterlage benutzt werden. Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, die Steueranrechnungsscheine als lombardfähig, d. h. beleihungsfähig zu erklären. Wenn die Empfänger der Scheine Geld zur Ausdehnung ihrer Produktion oder zur Verbesserung ihrer Industrieanlagen benötigen, dann sollen die Banken auf diese Scheine hin Kredit gewähren können, und wenn die Banken dabei die Reichsbank in Anspruch nehmen, so wird die Reichsbank den Banken Lombordtreibite auf die Scheine zur Verfügung stellen. Für die Zukunft

als Steuererleichterung gedachte 1500 Millionen Mark

sollen so für die Arbeitsbeschaffung von der Privatwirtschaft her in Wirksamkeit treten. Das große Fragezeichen ist, ob nicht auch diese Steuererleichterungen einfach als Subventionen betrachtet werden, die die Begünstigten in ihren Kassenstärken hineinlegen, ohne daß daraus eine Belebung der Wirtschaft folgen wird.

Daß der Reichsbankpräsident mitmacht, braucht keine Garantie gegen inflationsähnliche Wirkungen zu sein. Eine Kreditverweigerung tritt sicher ein, wenn die beabsichtigte Wirkung von den Unternehmern unterstüßt wird. Aber wenn die hier eingelegte Trumpfkarte, nämlich die Belebung der Wirtschaft von innen, und die Ankurbelung der Weltkonjunktur nicht sticht, dann erfolgt mindestens eine außerordentlich schwere Befahrung der öffentlichen Finanzen.

Das Reich zahlt nämlich auch noch eine vierprozentige Verzinsung für die Steueranrechnungsscheine, derart, daß, wer 1934 Steuern mit den Scheinen bezahlt, statt 100 Mark 104 Mark angerechnet bekommt und im Jahre 1935 statt 100 Mark 108 Mark. Es wird für 1934 derart mit einem Steuerausfall von 312 Millionen im Minimum und von 460 Millionen Mark im Maximum gerechnet.

Zum zweiten erhofft man von der Prämierung von Mehrleistungen von Arbeitern eine starke Entlastung des Arbeitsmarktes. Der zugrundeliegende Gedanke ist, daß aus der Erparung von Unterstufungen Zuschüsse zum Lohn gezahlt werden können. Das Gefährliche dabei ist die Frage, ob Aufträge zur Mehrleistung überhaupt hereinkommen, und daß auch hier der Unternehmer Subventionen erhält. 700 Millionen Mark, ebenfalls in der Form der Steueranrechnungsscheine, werden den Unternehmern zur Verfügung gestellt, wenn sie nachweisen, daß sie im Vergleich zum vorhergehenden Jahre entsprechend mehr Arbeiter eingestellt haben.

400 Mark sollen für jeden mehr eingestellten Arbeiter jährlich aus diesen 700 Millionen Mark dem Unternehmer zur Verfügung gestellt werden.

Technisch ist die Sache so gedacht, daß für 30 Stunden Arbeit der normale Lohn gezahlt wird, daß für die 30. bis 40. Stunde ein niedrigerer Lohn gezahlt wird und daß, wenn ein Unternehmer beispielsweise 25 Proz. seines früheren Belegschaftsstandes mehr einstellt, daß dann für die 30. bis 40. Stunde für die Gesamtleistung eine Prämie von 50 Proz. des Lohnes ihm ausgezahlt wird, so daß die Gesamterleichterung seiner Lohnsumme ungefähr 12½ Proz. betragen dürfte. Man nimmt dabei an, daß die gesamte bezahlte Lohnsumme steigen und damit die gesamte Kaufkraft der Arbeitenden erhöht werden muß.

Die dritte Maßnahme, die freilich geradezu toll anmutet, ist die **Verordnung eines Notrechtes für die Senkung der Löhne**

in allen Fällen, in denen Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedroht sind. Die Schlichter sollen ermächtigt werden, wenn von den Unternehmern der Nachweis der besonderen Bedrohung geführt wird, die Tariflöhne herabzusetzen, ohne daß gesetzlich eine untere Grenze vorgegeben ist. Die Löhne sollen in diesem Falle nur nicht unter das Existenzminimum herabsinken. Gegenwärtig ist in Deutschland kaum ein größerer Betrieb vorhanden, der nicht von sich aus erklären würde, er sei in Rot und dem der „Nachweis“ nicht gelingen würde, daß für ihn die Tariflöhne herabgesetzt werden müßten. Auf Kosten der Arbeiter und Angestellten soll hier durch Lohnraub eine Bereicherung der Unternehmer durchgeführt werden, die sozialpolitisch geradezu das Tollste an Ungerechtigkeit darstellt und wirtschaftspolitisch geradezu widersinnig ist.

Es ist einfach ein wildes, in der Kühnheit nur durch Reichthum übertraffenes Experiment, das hier im Namen der Wirtschaftsförderung in Szene gesetzt wird. Wenn die Karte nicht sticht, daß die Unternehmer von ihren auf drei verschiedenen Wegen ihnen zugeführten Subventionen den Gebrauch machen, daß sie Aufträge erteilen — und diese Karte kann nicht stachen, wenn man gleichzeitig die Kaufkraft des Anlandes, wie beabsichtigt, senkt, und wenn die Weltkonjunktur nicht in kurzer Zeit sich bessert —, dann kann das sogenannte Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung zu den furchtbarsten Ergebnissen führen. Es ist nur auf billigen Optimismus gefaßt und nur auf den Willen, der Privatwirtschaft in jeder Form Subventionen zu geben!

Schlechte Herbstmesse.

Die Folgen des Terrors. — Keine Ausländer.

Die ersten Eindrücke von der Leipziger Messe stehen schon fest. Sämtliche Messen berichten von schlechten Geschäften. Eine leichte Ausnahme ist nur für die Textilmesse festzustellen. Die Ausländer sind so gut wie vollständig weggeblieben. Das ist nicht nur die Folge davon, daß in der Handelspolitik die bekannten Beschränkungen bestehen, sondern selbstverständlich auch das Ergebnis der bürgerkriegsähnlichen Zustände, die in Deutschland geherrscht haben. Ein Land, in dem einseitiger Terror geduldet wird, muß notwendig auch ein schlechtes Auslandsgeschäft finden und die Ausländer fernhalten.

Bomben in Friedenskundgebung.

Gelehrige Hilterschüler in Frankreich.

Paris, 29. August. (Eigenbericht.)

Im internationalen Ferienlager der Roten Falken in Draveil hielt am Sonntag die Sozialistische Partei eine große Friedenskundgebung ab. Ueber 20 000 Personen waren erschienen.

Einige Kilometer von Draveil entfernt hielt der katholische Jugendführer Marc Sangnier eine Friedenskundgebung ab. Eine Abteilung der chauvinistischen Kadokruppen der Action Française warfen von einem Automobil aus mehrere Bomben und Sprengkörper unter die versammelten katholischen Ferienkinder.

Nach der Havas-Agentur brach unter den Anwesenden eine Panik aus. Jehn Personen wurden verletzt, darunter vier Kinder, die ziemlich schwere Verletzungen davontrugen.

Nachspiel zur Memelwahl.

Krach im Kreistag.

Memel, 27. August.

Der im Juli neugewählte Memeler Kreistag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nationalitätswahl Anträge wollten die Wahl für ungültig erklären, weil viele Personen nicht mehr in die Wahllisten aufgenommen worden seien. Gemeint sind die Tausende neu eingebürgerten Großlitauer, die eigens für diese Wahl zu Memelländern gemacht worden waren. Der Kreistag lehnte die Anträge ab, besonders unter Hinweis darauf, daß die Wahl schon für den 15. Februar ausgeschrieben worden war, jedoch erst im Juli erfolgte, weil das Reichsdirektorium Simaitis die Wahl hinausgeschoben hat. Der Antrag, dem litauischen Landrat Simanaitis wegen jener Wahlmode das Richteramt auszusprechen, wurde vom Vorsitzenden — eben diesem Simanaitis — nicht zugelassen! Darauf machte die Mehrheit den Kreistag beschlußunfähig.

In Tschent (Lithuanien) sind laut Moskauer „Bramda“, vier Bauern hingerichtet worden, die sich als Kulaken in die Verwaltung der kollektivwirtschaftlichen eingekauft und zu deren Nachteil sich bereichert hätten.

Selbstmord des Calmette-Richters

Amtsgerichtsrat Dr. Wibel tot aufgefunden

Hamburg, 29. August.

Der Vorsitzende im Lübecker Calmette-Prozess, Amtsgerichtsrat Dr. Wibel, hat am Sonntagabend in einem Hamburger Hotel Selbstmord begangen. Die näheren Umstände sind noch nicht bekannt. Dr. Wibel hatte bekanntlich nach Beendigung des Calmette-Prozesses einen Nervenzusammenbruch erlitten, der seine Ueberführung in eine Klinik notwendig gemacht hatte. Er soll bereits im Februar Selbstmordabsichten geäußert haben.

Der Selbstmord des Amtsgerichtsrates Dr. Wibel, des Vorsitzenden im Lübecker Calmette-Prozess, rollt eine Fülle von Problemen

auf. Die Begründung des Lübecker Urteils und damit die Endausfertigung stehen noch aus. Unmittelbar nach Beendigung des Prozesses hatte Dr. Wibel bekanntlich einen Nervenzusammenbruch erlitten und mußte ein Sanatorium aufsuchen. Er sollte seinen Dienst beim Amtsgericht Lübeck am 15. September wieder aufnehmen. Durch den Tod des Vorsitzenden kann der Schlußstrich unter das Prozeßergebnis nicht mehr gesetzt werden. So ist auch eine Verhandlung vor der Berufungsinstanz unmöglich gemacht. Eine Neuaufrollung des Mammuth-Prozesses erscheint deshalb unumgänglich. Der ganze Kiesenapparat wird noch einmal in Gang gesetzt werden müssen, um die schwierige Materie neu zu durchdringen. Leider werden auch damit die unschuldigen Opfer der Lübecker Tragödie nicht wieder zum Leben zurückweckt.

Chauffeur erhängt aufgefunden

Nordkommission untersucht / Verbrechen nicht ausgeschlossen

Ein Leichensund, der am Sonntagvormittag im Hause Badensche Straße 15 in Wilmsdorf gemacht wurde, beschäftigt gegenwärtig die Nordkommission. In der Wohnung einer Frau Link, die zur Zeit verreist ist, wurde gegen 11 Uhr der 30 Jahre alte Chauffeur Horst Balkel in seiner Kammer erhängt aufgefunden. Da den Tod des Mannes rätselhafteste Umstände begleiteten, wurde die Berliner Mordinspektion benachrichtigt, die die Kriminalkommissare Dr. Barisch und Dr. Schulze entsandte.

In der Wohnung der Frau L. wohnte seit geraumer Zeit der 30 Jahre alte Chauffeur Horst Balkel, der Fahrer bei der Kroftog ist. Gegen 5 Uhr in der Frühe hatte er seinen Wagen aus dem Depot abgeholt und damit etwa 15 Kilometer zurückgelegt. Dann fuhr er nach Hause und ließ die Türe auf der Straße stehen. In den Morgenstunden — gegen 6 Uhr — kam eine Untermieterin, die gleichfalls bei der Frau L. mit noch anderen Personen dort wohnt — nach Hause und hörte den Chauffeur bis gegen 7 Uhr in der Küche hantieren. Um 11 Uhr, als man die Kammer öffnete, fand man ihn dann an einer großen Leiter erhängt auf. Im Munde lag ein Taschentuch. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Reiterpolizei benachrichtigte die Nordkommission. Die Untersuchung durch den Gerichtsarzt hat vorläufig noch keine Klärung ergeben können.

Im Bett vom Blitz erschlagen.

Nichtgeerdeter Radioapparat als Todbringer.

Königsberg, 29. August. (Eigenbericht.)

Wie aus Heidemanken gemeldet wird, ging in der Nacht zum Sonntag über dem Ort ein starkes Gewitter nieder. Ein Blitzstrahl fuhr durch die Radioanlage in das Haus des Fischers Schirmacher und tötete dessen Währigen Sohn, der in der Nähe des nicht geerdeten Radioapparates schlief. Die Fischereigelehrte, die sich im gleichen Zimmer befanden, blieben wie durch ein Wunder unversehrt.

Mütter sehen ihre Kinder ab.

Dramatische Profestaktion auf dem Wohlfahrtsamt.

Hensburg, 29. August.

Bei der Auszahlung der neuen gekürzten Unterstufungslöhne an die hiesigen Wohlfahrtsamerwerbslosen machte sich unter den Empfängern große Unruhe bemerkbar.

Es kam zu Ansammlungen vor dem Wohlfahrtsamt, die ein polizeiliches Eingreifen erforderten. Später begaben sich einige Frauen von Erwerbslosen in das Gebäude des Wohlfahrtsamtes und setzten dort ihre Kinder ab mit der Erklärung, daß sie diese bei den neuen Unterstufungslöhnen nicht mehr ernähren könnten.

Im ganzen blieben 12 Kinder auf dem Wohlfahrtsamt, deren Mütter sich schnell wieder entfernt hatten. Acht Kinder konnten ihren Eltern wieder zugeführt werden. Die übrigen vier wurden vorläufig in das Kinderheim gebracht.

Funkindustrie zufrieden.

Das Ergebnis der 9. Großen Deutschen Funkausstellung.

Der gestrige letzte Sonntag der Funkausstellung brachte noch einen Besuch von rund 25 000 Personen; damit hat die Gesamtbefuchsziffer 175 000 Personen überschritten. Der Besuch aus allen Teilen des Reiches und aus dem Auslande war außerordentlich stark. Die geschäftlichen Ergebnisse der ausstellenden Firmen sollen die mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nicht zu hoch geschraubten Erwartungen übertroffen haben. Die Empfangsapparateindustrie hat gute Verkaufserfolge erzielt; so daß die Herstellerfirmen auf lange Zeit hinaus ausreichend beschäftigt sind. Auch die Lautsprecherindustrie und die Herstellerfirmen von Zubehör- und Einzelteilen haben günstige Verkaufsergebnisse aufzuweisen.

Polizeibeamter in Siemensstadt verunglückt.

In der Rotarstraße in Siemensstadt ereignete sich in den heutigen frühen Morgenstunden ein Verkehrsunfall, bei dem ein Schupobeamter schwer verletzt wurde. Polizeihauptwachmeister Kegner, der in der Götterstraße in Siemensstadt wohnt, befand sich mit seinem Fahrrad auf dem Wege zu seiner Dienststelle. In der Rotarstraße wurde der Beamte von einem Lastzug überholt. Der Anhänger des Fahrzeugs geriet plötzlich ins Schleudern. Kegner wurde mit seinem Rad zu Fall gebracht und er stürzte so unglücklich, daß er schwere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte fand im Westendkrankenhaus Aufnahme. — Gegen 4 Uhr früh stieß der 33 Jahre alte Motorradfahrer Arnold Brüll aus der Kleiststr. 31 mit einer Autodeschleife zusammen. B. wurde mit schweren Verletzungen ins Vitenbach-Krankenhaus übergeführt.

Wieder Tränengasbomben gegen ein Kaufhaus.

Duisburg, 28. August.

Am Sonntagabendmorgen wurden Tränengasbomben in die Geschäftsräume eines in der Münzstraße neu eröffneten Einzelhandels-Geschäftes des Tieh-Konzerns geworfen. Unter den im Laden befindlichen Personen entstand große Unruhe, und viele Käufer verließen panikartig das Geschäft. Durch den Vorfall mußte der gesamte Geschäftsbetrieb annähernd eine Stunde unterbrochen werden. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange; soweit festgestellt ist, ist niemand zu Schaden gekommen.

Tod beim Bergsteigen.

Volke-Direktor in der Sächsischen Schweiz tödlich verunglückt

Dresden, 29. August. (Eigenbericht.)

Im Rastener Klettergebiet in der Sächsischen Schweiz stürzte am Sonntagmorgen gegen 16 Uhr der 34 Jahre alte Direktor Neß, der Leiter der bekannten Berliner Miskfirma Volke, tödlich ab.

Mehrere Berliner Bergsteiger wollten den kleinen Wehrturm erklimmen. Der Führer hatte den schwierigsten Teil bereits hinter sich gebracht. Als dritten holte er den Direktor am Sell nach. An der senkrechten Felsante rutschte Neß aus, wodurch er aus der locker stehenden Schlinge herausrutschte und etwa 30 bis 40 Meter tief in den Wehrturm stürzte. Der Tod dürfte auf der Stelle eingetreten sein. Die Leiche wurde durch Samartier geborgen.

Am gleichen Felssteig ereignete sich am Sonntagvormittag ein schwerer Unfall. Ein junger Bergsteiger stürzte etwa 25 Meter tief ab. Er mußte mit Rippenbrüchen und schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Deutsche Kriegerleichen aufgefunden.

In Reuil-sur-Orne sind die Leichen von 16 deutschen Soldaten, die 1918 gefallen sind, entdeckt worden. Sie konnten auf Grund gefundener Papiere und Erkennungsmarken identifiziert werden.

„Graf Zeppelin“ wieder nach Amerika unterwegs.

Friedrichshafen, 29. August.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Montagfrüh um 6.02 Uhr zu seiner fünften diesjährigen Südamerikafahrt aufgestiegen. Die Fahrt war wegen der ungesicherten politischen Lage in Südamerika um 14 Tage verschoben worden. Dr. Eckener hat die Führung des Luftschiffes. Das Luftschiff führt über 100 Kilogramm Post mit.

England und das Schleicherprogramm.

Frankreich bestreitet englische Zustimmung.

Paris, 29. August. (Eigenbericht.)

In einer amtlichen Mitteilung aus London dementiert das Haas-Büro nochmals aufs entschiedenste, daß die englische Regierung die deutsche Militärforderung anerkannt habe. Ergänzend dazu erklärt der „Reit-Parisien“, daß ein derartiger Entschluß der englischen Regierung nicht vorliegen könne. Schon weiß Deutschland seine Forderungen noch gar nicht vorgelegt haben. Im übrigen aber sei die englische Regierung „fest entschlossen, sich genau an die Verpflichtungen des französisch-englischen Konventionpakttes zu halten und keinerlei Entschlüsse zu fassen, ohne sich vorher mit der französischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt zu haben“.

Eine ritisch-französische Besprechung leitender Minister wurde auf der Insel Jersey abgehalten.

Kleine Diebe.

Sie werden immer gefaßt und immer bestraft.

Ein 32jähriger Arbeitsloser, noch nicht bestraft, begeht einen Einbruch in der Auslieferungsstelle einer Zuckerwarenfabrik. Was hat den unvorbestraften Mann zu seiner Tat veranlaßt?

Er hatte die übliche Wohlfahrtsunterstützung. Seine Frau verdiente wöchentlich 11 Mark in einer Papierfabrik. Das 9 Monate alte Kind mußte zu den Schwiegereltern. Wer hätte es sonst zu Hause gepflegt? Aber auch der Schwiegervater ist arbeitslos. So muß die Pflege des Kindes bezahlt werden. Die Kochstube kostet 15 Mark. Und eines Tages fordert der ältere Arbeitslose einen Neuzugjahrgänger, der in demselben Hause wohnt wie seine Eltern, auf, mit ihm einen Einbruch in der Auslieferungsstelle der Zuckerfabrik zu begehen. Man nimmt Reis, Schokolade und etwas Zuckerwerk mit, im ganzen im Werte von 130 Mark. Auch der junge Bursche bekommt davon etwas ab. Der Verdacht der Täterschaft fällt auf ihn. Er wird festgenommen, gesteht und verrät den anderen. Auf dem Boden findet man noch fast die ganze Ware. Der Mann hatte davon immer wieder Kleinigkeiten, einige Reis und etwas Schokolade, entnommen und sie seinem Kinde gebracht. Der Minderjährige wird vom Jugendgericht abgeurteilt. Der Mann erhält 3 Monate Gefängnis.

Ein junger Tischler, früher selbständig, hat seine Werkstatt verloren, ist von der Frau geschieden und lebt bei den Eltern. Er bekommt mit ihnen Streit, muß die Wohnung verlassen, verliert mit der Wohnung der Eltern auch den Ruf. Natürlich konnte er beistein, er versteht es aber nicht und versucht sich auf andere Weise zu helfen. Mit Hilfe eines Rohrs öffnet er ein Auto, in dem zwei Koffer stehen. Im selben Augenblick wird er gefaßt. Er bekommt 1 Monat Gefängnis. Die Bewährungsfrist wird von dem Ergebnis der Ermittlungen abhängig gemacht. Die soziale Gerichtshilfe will ihm helfen. Aber wie? Sie wird ihm in erster Linie Wohnungsgeld geben, damit er sich eine Schlafstelle mieten kann. Erst dann erhält er Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung.

Eine katholische Universität in Rom sollte am Sonntag eröffnet werden, was aber im letzten Moment verboten wurde. Verbotsgrund soll sein, daß der Regierung weder für das wissenschaftliche Niveau noch für das geplante Programm das Erforderliche unterbreitet worden ist.

Stalin wieder in Moskau. Stalin ist nach einem mehrwöchigen Urlaub aus seiner kaukasischen Heimat wieder in Moskau eingetroffen.

Programmrede vor Bauern

Die Pläne der Barons-Regierung

Die Rede, die Reichskanzler von Papen am Sonntag auf einer Tagung der westfälischen Bauernvereine hielt, hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

Die jetzige Reichsregierung will den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates. Sie, die westfälischen Bauern, und ich, wir sind keine Revolutionäre und wir sind nicht Reaktionäre. Wir sind dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung. Unser konservative Gesinnung beruht im Glauben an Gott. (Beifall.) Die Pflege christlicher Erziehung in Familie und Schule muß deshalb am Anfang jeder Staatspolitik stehen; aus ihr entwickelt sich das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen gegenüber der Gesamtheit.

Die Staatsgewalt muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann und alle Ordnungen der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft an ihr einen festen Halt finden können.

Den Urteilen in Ostpreußen und Böhmen ist von rechts und von links ein Sturm gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts gefolgt. Beide verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen; im politischen Kampf sollen Totschlag und Raube erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Vermilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt.

Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Das ist eine moralische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird.

(Lebhafter Beifall.) denn sie schlägt jeder deutschen und christlichen Rechtsauffassung ins Gesicht. Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreussische Grundgesetz geformt ist: Jedem das Seine. Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung einer Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Geleise einordnet.

Die Zügellosigkeit, die aus dem Ausruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsführung.

(Beifall.) Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Fremdling zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler und für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine autoritative Staatsführung einträte, so verfolge ich und nicht er, das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampf gegen die Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigeseht haben.

Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches vorzubereiten.

Ich kann nicht glauben, daß diese deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußten schroffen Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Soll der Haß der deutschen Nation, der uns in den entscheidenden Stunden der Geschichte schon so oft um den Kuffrieg und die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute stärker sein als unser Wille zu einer gemeinsamen nationalen Sammlung? Wenn man die Stimmen hört, die anlässlich der Urteile in Ostpreußen und Böhmen sich erhoben, möchte man es fast glauben. Ich greife der Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Die preussische Staatsregierung wird sie, und befreit von politischen Anwürfen, nach den Grundätzen der Gerechtigkeit treffen. Aber ich sage zugleich: Die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen.

Ich bin fest entschlossen, die schwebende Waage des Bürgerkrieges auszutreten und den Zustand politischer Unruhe und politischer Gewalttaten zu beenden.

Damit wendet sich der Reichskanzler zu den politischen Tagesfragen: Noch den harten Erfahrungen langer Jahre nützt einseitige Hilfe der Landwirtschaft wenig, da ihr Schicksal mit dem der deutschen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden ist. Erste Voraussetzung für Belebung der Gesamtwirtschaft ist Förderung des Binnenmarktes. Der Gedanke der Autarkie ist abzulehnen; denn Deutschland könne nicht auf seine Weltwirtschaftsbeziehungen verzichten, und es muß die Arbeitslosigkeit, die der Auslandsmarkt auch heute noch bietet, ausnützen. Aber die Grundlagen der Ernährung muß im Binnenlande sichergestellt werden. Beschlüsse für eine dafür erforderliche massvolle Regelung der Einfuhr sind bereits gefaßt.

Zur Bekämpfung der ungeheuren Not, die aus der Schrumpfung der Wirtschaft und der unaufhaltsam fortschreitenden Deflation hervorgegangen sei, muß zunächst diese Deflation beendet werden durch grundsätzliche Herumwerfen des Steuers.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft soll nach folgenden Grundätzen erfolgen:

Die Währung darf nicht gefährdet werden. Die Mark darf nicht abgemindert werden. Getreu den Grundätzen konservativer Staatsführung ist die persönliche private Initiative zu stärken. Alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft lehnt die Reichsregierung ab. Wo der Staat in den letzten Jahren Anteile an Privatbetrieben übernommen habe, müsse der Allgemeinheit nicht nur die Lasten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufallen. Eine besondere staatliche Überwachung wird zu diesem Zwecke eingesetzt werden. Auch die Gehälter in diesen Betrieben werden herabgesetzt.

Der Kanzler ging dann auf das Hauptproblem, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein:

Die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden nicht aus dem Auge gelassen werden. Darüber hinaus aber ist die Regierung entschlossen, im großen Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu gelangen. Als erster Schritt dafür soll der gesamte Produktionsapparat instand gesetzt werden. Dadurch finden die mittleren und kleineren Betriebe Beschäftigung.

Die Beschaffung dieses Betrags erfolgt unter Mithilfe der Reichsbank durch Ausgabe von Steueranrechnungsscheinen, aus denen in den Jahren 1934 bis 1938 alle Reichsteuern

bezahlt werden können, und zwar handelt es sich hier um einhalb Milliarden. 700 Millionen Steueranrechnungsscheine werden solchen Unternehmungen zur Verfügung gestellt, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueinstellten wird ein Betrag von 400 M. für ein Jahr gegeben. Auf diese Weise können 1½ Millionen Arbeiter neu eingestellt werden.

Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1½ Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können. Um die Wirtschaft sofort in Gang zu bringen, muß das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt werden. Es wird deshalb den Arbeitgebern gleichzeitig ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben.

Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen, genau umgrenzten Umfang, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenzen in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft ist.

Der Lohn wird aber nicht in gleichem Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht. Ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahme den jetzt beschäftigten Arbeitern Opfer auferlegt, aber diese Opfer gehen zugunsten der heute Arbeitslosen.

Das Tarifrecht und das Schlichtungswesen beabsichtigen wir in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten. Wir erwarten aber, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher durch freiwillige Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung ordnen; es ist ihre Aufgabe, die Tarifverträge so auszugestalten, daß

die Nachteile eines zu weitgehenden Tarifkollaps und der wertvolle Kern erhalten bleibt.

den ich in der Sicherung der Existenzgrundlage, in der Verhinderung unläuterer Lohnkonkurrenz und vor allem in der arbeitgemeinschaftlichen Zusammenarbeit der beiderseitigen Verbände sehen muß. Unsere Tarifverträge sind vielfach immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitergruppen nicht gebührend Rücksicht.

Der Reichskanzler betont dann sein besonderes Interesse für die Erhaltung der Produktionsstätten, wofür im Verordnungswege Vorsorge getroffen werden wird, da die Beteiligten versagt haben.

Alle oben angekündigten Maßnahmen dienen zunächst nur einer Uebergangszeit und werden deshalb auf 12 Monate befristet.

Von der Wiederbeschäftigung von 1 bis 2 Millionen Arbeitslosen wird nach des Kanzlers Meinung die Lage der Landwirtschaft außerordentlich gebessert werden. Veredelungsprodukte wie Fleisch stellt Deutschland genügend her, sie können deshalb durch Zölle nicht

mehr entscheidend geschützt werden. Die Hebung der Kaufkraft wird die Preise steigen lassen.

Weiter kündigt der Reichskanzler Vorwärtsreibung privatwirtschaftlicher Zinsenkung und eine Diskontenkung an. Weitere Mitteilungen über organischen Um- und Neubau des Staats- und Wirtschaftslebens kündigt er für den Reichstag an.

Bracht hat in Preußen Verwaltungsreformen durchgeführt, die zum Teil schon seit mehr als 20 Jahren erwogen worden sind.

Nach einer Verteidigung der Aufhebung von 58 Landkreisen, wovon übrigens viele Provinzen, wie z. B. Westfalen, nicht betroffen sind, und von 60 Amtsgerichten, erklärt von Papen, daß eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern dieser Tage vom „preussischen Staatsministerium“ verabschiedet werden wird. Sie wird die Doppelarbeit von Ober- und Regierungspräsidenten beseitigen und auch die Zentralinstanzen vereinfachen, die Finanzen und die Selbstverwaltung reformieren. Mit der Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und der preussischen „Reform an Haupt und Gliedern“

bleibt Herr von Papen den Beweiz erbracht, daß „diese Regierung — mehr als jede andere in den letzten 14 Jahren — gewillt ist, zu handeln“.

Für den akademischen Nachwuchs soll zwischen höherer und Hochschule ein praktisches Jahr eingeschaltet werden und die Zahl der Studenten dem Bedarf der Berufe angeglichen werden. Es geht nicht länger an, daß jährlich mehr als 10 000 Hochschulabsolventen für immer der Hoffnung beraubt sind, einen Beruf zu finden.

Zum Schluß wiederholt der Reichskanzler die schon zu Beginn dargelegte christlich-konservative und überparteiliche Staatsauffassung. Der Verfassungsgrundsatz, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, so führt Papen fort, kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem tatsächlichen Spiel der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll.

Und wenn heute von einer Koalition zwischen Zentrum und NSDAP gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann, weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bekenntnis der Nationalsozialisten widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalition doch nur der, daß die eine Partei die andere zu vernichten wünscht. Erregt die Not des deutschen Volkes in dieser Stunde wirklich noch ein solches Kulissenpiel? Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundgesetzen der Verfassung oder gar an einen Wechsel der Staatsform.

Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten dem Spiele der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen, den Pol, an dem die einheitliche und unabhängige Führung der Staatsgeschäfte verankert ist. Von dieser zugleich autoritären und demokratischen Gewalt, die sich uns in der Person unseres Reichspräsidenten von Hindenburg darstellt, hat die Reichsregierung die Rechtfertigung und den Auftrag ihres Wirkens.

Kein Kolumbus



Von Papen nichts Neues

John Locke

Zum 300. Geburtstag am 29. August

Das 18. Jahrhundert wird mit Recht das Jahrhundert der Aufklärung genannt. Die englischen und französischen Philosophen haben der Herrschaft des Verstandes in allen Dingen des Lebens damals die Bahn bereitet, und sie haben durch die Ideen der Toleranz, der Geistesfreiheit, des ewigen Fortschritts nach der Wahrheit an Stelle einer für immer gültigen Offenbarung die gesamte geistige Arbeit seit jener Zeit bis auf den heutigen Tag vorbereitet. Nicht so klar ist das Allgemeinwissen unserer Zeit vom 17. Jahrhundert, dem Jahrhundert des Ueberganges aus dem Mittelalter in die Neuzeit. Diese fängt ja nicht nur mit Kolumbus und Luther an, sondern ebenso sehr mit den Imperialisisten des 17. Jahrhunderts, mit Cromwell und Ludwig XIV., mit den Ideen vom Toleranzstaate, mit dem vorurteilstheoretischen Denken der Descartes, Spinoza und — Locke. Spinoza und Locke, im gleichen Jahre (1682) geboren, führten eine neue Zeit des Denkens und sogar der Politik herauf.

Wir erkennen die Bedeutung Lockes am besten aus einem Vergleich mit früheren Zeiten. Bis dahin hatte man überhaupt nicht nach der Art des menschlichen Erkennens gefragt, hatte also auch keine Fehlerquellen übersehen. Man hatte immer nur gefragt, wie man die göttliche Offenbarung richtig auslegen könne, die in irgendeinem Buche, der Bibel oder dem Koran, niedergelegt war. Und man hatte sich bis aufs Blut wegen der richtigen Auslegung

bekämpft und sich tausendfach deswegen gegenseitig aufs Schafott geschickt.

Nun kommt, natürlich nicht ganz wie ein Blitz aus heiterem Himmel, sondern schon geistig vorbereitet, ein Mann wie Locke und untersucht den Prozeß des Denkens und Erkennens. Er fragt, wann unsere Urteile den Anspruch machen dürfen, stichhaltig zu sein. Er sagt, die göttliche Offenbarung könne nur so weit anerkannt werden, wie sie mit den Erkenntnissen unserer Vernunft übereinstimme. Der alte Satz: „Ich glaube, weil es absurd ist“, findet in ihm den schärfsten Gegner. Er wirt also den menschlichen Verstand zum Richter über die göttliche Offenbarung auf, und damit hat er den Prozeß eingeleitet, der über Voltaire, Ludwig Feuerbach, Karl Marx zu den freien Denkern der Neuzeit führt.

Lockes bekanntester Begriff ist der der Tabula rasa, der leeren Tafel. Er nimmt an, daß der Mensch im Kindesalter ohne sogenannte eingeborene Ideen seinen Lebensweg antrete, und stellt sich damit in Gegensatz zum gesamten früheren Denken. Man hatte immer behauptet, der Schöpfer habe jedem Menschen bestimmte Charaktermerkmale eingepreßt, die unausweichlich sein Denken und Wollen bestimmen. Ebenso habe jeder Mensch gewisse religiöse und sittliche Grundvorstellungen, denen er sich nicht entziehen könne. Lockes „Empirist“, das heißt: Erfahrungswissenschaftler. Die Umwelt, die ersten Eindrücke, die ersten Vorstellungen bestimmen nach ihm das Denken jedes einzelnen, das dann folgerichtig sich weiter entwickelt.

An einem Punkte ist nun Locke in seinen Toleranzideen nicht konsequent. Er hatte selbst eine Frömmigkeit mehr allgemeiner Art; er stand den Quäkern nahe. Daher wollte er die Toleranz nicht auf die Atheisten ausdehnen. Er hielt die Gottesläugner anscheinend für soziale Elemente. Das war natürlich unlogisch. Denn wenn der Atheismus aus Ueberzeugung hervorgeht und dem Erkenntnistriebe dient, dann muß er doch gerade nach den Prinzipien Lockes toleriert werden. Ein Mann wie Locke hätte in der menschlichen Gesellschaft, wie sie sich Locke denkt, keinen Platz. Ueber diese Gesellschaft hat sich nun Locke allerlet sehr gute Gedanken gemacht. Er lehnt den machiavellistischen Diktatorstaat seines Zeitgenossen Hobbes (in dessen berühmter Schrift „Leviathan“) ausdrücklich ab. Er behauptet, der Staat sei durch die freie Uebereinkunft seiner Mitglieder zustande gekommen. Hier ist er ein direkter Vorläufer Rousseaus. Und wenn man auch heute die Dinge nicht mehr so einfach ansieht, so gehörte doch damals großer Mut und ein sehr freier Sinn dazu, das auszusprechen. Locke war Demokrat durch und durch. Der Fürst steht unter dem Geseh. Revolution ist berechtigte Notwehr des Volkes. Locke selbst war staatsmännlich häufig tätig, und so konnte er aus unmittelbarer Anschauung schöpfen. Dr. Hans Hartmann.

Der Philharmonische Chor (Begründer: Siegfried Cäsar) bezieht im kommenden Winter die Feier seines 25jährigen Bestehens. Als Jubiläumskonzert wird unter Leitung des Generalmusikdirektors Otto Altmeyer die H.-Koll.-Kette von Bach aufgeführt. Es folgt im zweiten Konzert die Messe (Missa) von Beethoven. Die Proben unter Leitung Altmeyers haben begonnen. Anm. e. d. Red. In Verbindung mit dem Jubiläumskonzert sind zu richten an die Geschäftsstelle des Philharmonischen Chors: Berlin NW 87, Holsteiner Ufer 19. Studierende haben besondere Vergünstigung.

Verblichene Fortbildungskurse. Die Weiterbildung an der Kunstgewerbe- und Handwerkererschule der Stadt Berlin in Berlin C., Ankerspl. 1-2, veranlaßt vom 1. Oktober an wiederum Abendkurse, die jebermann zugänglich sind. Vorlesung mit Nebenun: „Die Einführung in die kaufmännische Buchführung“. Dtl.-Hdl. Graf, Beginn: 4. Oktober. Praktikum für Fortgeschrittene: „Das Werkzeugs eines Großbetriebes“. Dtl.-Kaufmann Dienhofer, Beginn: 6. Oktober. Die Kurse finden von 19 bis 21 Uhr im Lokal 41 der Kunstgewerbe- und Handwerkererschule statt. Jede Fortbildungskurs kostet 4 M. Eintrittskarten werden bei Beginn der ersten Vorlesung im Geschäftszimmer der Kunstgewerbe- und Handwerkererschule ausgegeben.

Gewerkschafter unbeliebt?

Rigoroser Abbau im Schiller-Theater.

Die Leitung des Schiller-Theaters in Charlottenburg geht ab 1. September vom Staat auf einen Privatunternehmer über. Die neue Direktion hält es offenbar für die beste Einführung, wenn sie von vornherein zu erkennen gibt, daß sie keinerlei soziales Verständnis für die Arbeiterschaft hat. Anders kann man nämlich ihr Verhalten gegenüber den Stammarbeitern des Schiller-Theaters nicht erklären. Von den 38 ständigen Theaterarbeitern, die teilweise schon jahrzehntelang in diesem Theater tätig sind, will die neue Direktion nur sechs übernehmen, weil ihr die übrigen ungeeignet für den Theaterbetrieb erscheinen. Diese „Begründung“ mutet um deswillen sehr seltsam an, weil unter den „ungeeigneten“ Arbeitern, die nicht übernommen werden sollen, alle Gewerkschaftsfunktionäre sowie die Mitglieder des bisherigen Betriebesrates sind.

Nach dieser Bekundung ihrer antisozialen Einstellung war es auch kein Wunder mehr, daß die Direktion dem Gesamtverband den Abschluß eines Haustarifes anbot, der für den gesamten Bühnenarbeiter einen Stundenlohn von 85 Pf. vorsah, während in allen anderen privaten Berliner Theatern auf Grund einer mündlichen Abmachung zwischen dem Gesamtverband und dem Verband Berliner Bühnenleiter ein Stundenlohn von 94,1 Pf. gezahlt wird. Als dieses Angebot von den Gewerkschaftsvertretern zurückgewiesen wurde, zeigte sich, wie eng bereits die Fäden zwischen dieser neuen Direktion und dem Verband Berliner Bühnenleiter geknüpft sind. Es folgte von dieser Organisation zum 30. September die Kündigung des Rahmentarifvertrages für die gesamten Bühnenarbeiter der privaten Berliner Theater. Die Direktion des Schillertheaters sollte also allem Anschein nach mit ihrem Haustarifentwurf für den Unternehmerverband Vorspanndienste leisten.

Die Berliner Bühnenleiter sollen sich hüten, mit dem Feuer zu spielen. Die Stimmung unter den Bühnenarbeitern ist äußerst erbittert. Diese Erbitterung ist auch zu verstehen, wenn man sich vor Augen hält, wie kümmerlich z. B. die Näherinnen bei einem Stundenlohn von 50 Pf., die Schneiderinnen bei 60 Pf. Stundenlohn und die Kassenportiers bei einem Stundenlohn von 70 Pf. leben müssen. Die Bühnenarbeiter, die an ihre noch unorganisierten Kollegen den dringenden Appell zum Schließen der gewerkschaftlichen Kampfesreihen richten, sind jedenfalls nicht gewillt, eine Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kampflos hinzunehmen.

Die Arbeiter tragen das Risiko.

Eisen- und Stahlwerk Hoersch legt acht Tage still.

Dortmund, 29. August.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch, Köln-Neu-Essen, gab bekannt, daß es wegen Auftragsmangels gezwungen sei, den gesamten Betrieb vorübergehend stillzulegen. Die Stilllegung erstreckt sich für die Zeit vom 27. August bis zum 5. September einschließlich. Bislang waren nur immer einzelne Betriebe gezwungen, bis zu 14 Tagen auszuliegen.

Internationale des Postpersonals.

Gegen die Politik des Lohnabbaues.

Luzern, 29. August.

In den gefassten Entschliessungen wurde u. a. festgestellt, daß die niedrige Kaufkraft der Arbeitenden ein Faktor der Wirtschaftskrise sei und daß die Herabsetzung der Bezüge des Personals eine weitere Einschränkung der Nachfrage nach Gütern und Arbeitsleistungen mit sich bringen, die dazu beitragen, die Krise zu verschärfen. Der Kongress verurteilte deshalb die Politik des Lohnabbaues.

Die eigentlichen Berufsfragen erstreckten sich u. a. auf die Frage der Dienstbeförderung, die grundsätzlich nach dem Dienstalterprinzip vorzunehmen sei. In bezug auf die hygienische Frage in den Post-, Telegraphen- und Telefonbetrieben erludt der Kongress die angeschlossenen Organisationen gemeinsam mit ersten Ingenieuren und Architekten, die Probleme der Berufsfrankheiten, der Uebermüdung, der frühzeitigen Abnahme der Kräfte infolge des Dienstes zu studieren.

Ferner wird dafür eingetreten, dem Problem des Personalwachstums größte Sorgfalt angedeihen zu lassen. Was die Rationalisierung und ihre Auswirkungen innerhalb der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe anbetrifft, soll die bereits begonnene Materialsammlung durch das Internationale Sekretariat Wien fortgesetzt werden.

Zum belgischen Bergarbeiterstreik.

Nach den Auslassungen der Zechenbesitzer können ihnen die Streikenden keinen größeren Gefallen tun, als weiterzustreiten. Während des siebenwöchigen Streiks hätten die Haldebestände sich von 4 Millionen Tonnen im Juni auf 3,6 Millionen im Juli verringert, da die Produktion von 1,8 Millionen auf 738 000 Tonnen gesunken sei. Im August erwarte man noch günstigere Ergebnisse und rechnet damit, daß gewisse Kohlenforten, die knapp sind, im Preise steigen. Auch die Aktien stiegen im Kurse.

Ist das richtig, dann ergibt sich die Frage, ob das Unternehmertum es nicht darauf anlegt, den Streik hinauszuziehen. Die Regierung wird in diesem Spiel erneut eingreifen müssen, wenn sie der Reubelebung einer allgemeinen Generallstreikbewegung vorbeugen will.

Abbruch des Warschauer Beamtenstreiks.

Warschau, 29. August.

Der vor drei Tagen ausgebrochene Streik der Warschauer städtischen Beamten und Angestellten ist heute früh abgebrochen worden, da die Stadt sich durch Lombardierung eigener Wertpapiere Geldmittel zur Auszahlung eines Teils der Gehaltsrückstände der Streikenden beschaffen konnte.

Textilarbeiterstreik auch in Melbourne.

Gegen eine Lohnkürzung von 15 Proz. sind 3500 Textilarbeiter in den Streik getreten. Die Unternehmer haben 15 Proz. Kürzung gefordert, um 7 1/2 Proz. durchzusetzen. Ihr dahingehender „Vermittlungsorschlag“ wurde in einigen Bezirken in der Umgebung von Melbourne angenommen.

266 723 Arbeitslose in Frankreich wurden nach der amtlichen Statistik am 29. August gezählt, was einer Abnahme von etwa 2000 gegen die Vorwoche gleichkommt.

Sanjurjo ist bereits im Militärstraflager von Dueso eingetroffen. Er wurde zunächst ärztlich untersucht und mußte dann die Strafilingstracht anlegen.

Rundfunk der Woche

Die Front der Hörer

Der Artikel „Streik oder Mitarbeit“, der vor einer Woche an dieser Stelle erschien, hat uns zahlreiche Zuschriften eingebracht. Nicht alle erklärten sich mit uns einverstanden. „Weshalb noch warten?“ fragen einige Leser; wir erleben doch, wie von Tag zu Tag der Rundfunk nationalsozialistischer, arbeiterfeindlicher wird. „Ich habe abbestellt, und die meisten meiner Bekannten haben es auch längst getan“, heißt es in einem dieser Briefe. Da der Schreiber zwar seinen Namen, nicht aber die genaue Adresse angegeben hat, möchten wir ihn an dieser Stelle bitten,

sich auf jeden Fall der Front der werktätigen Rundfunkhörer anzuschließen

und auch seine Bekannten dazu zu veranlassen. Kosten entstehen dadurch nicht. Die Front werktätiger Rundfunkhörer ist im Rahmen der Eisernen Front gebildet, um durch einen Massenaufmarsch den Rechten der Arbeiterschaft am Rundfunk Geltung verschaffen zu können. Um ihr beizutreten genügt es, eine Erklärung, daß man bereit ist, alle entsprechenden Kampfmaßnahmen zu unterstützen, mit Namen, Wohnort und genauer Adresse zu unterschreiben und an den Arbeiter-Radio-Bund, Berlin SW. 61, Gütshiner Straße 93, zu senden.

Es gilt, diese Front zu stärken, wenn man ein wirkungsvolles Vorgehen gegen den heute den Nazis und Militaristen preisgegebenen Rundfunk wünscht. So sehr es zu verstehen ist, daß viele verärgert und empört schon heute ihren Rundfunk abmelden möchten, so muß doch immer wieder betont werden, daß nur jene, die Rundfunkhörer bleiben, den Kampf gegen die Reaktion tatkräftig mitführen können, gegen die Reaktion, die sich ja leider nicht nur im Rundfunk, sondern vor allem auch durch ihn breitmachen will.

Das muß heute klar erkannt werden:

der Rundfunk soll als systematisches Erziehungsmittel eingesetzt werden, um das Volk, um die Mütter, um die Jugend unmerklich im Geiste der Reaktion und des Militarismus umzubilden.

Der nationalsozialistische Vortragsbrei, den Pg. Scholz seit seiner Regierung als Reichsrundfunkkommissar in die Sendeprogramme strömen ließ, spielt zwar für die beabsichtigte Gehirnerkennung keine unwichtige, aber doch eine nebenfällige Rolle. Er ist sozusagen eine Konjunkturströmung. Herr Regierungsrat Erich Scholz entfaltet ja bekanntlich sein nationalsozialistisches Herz erst unter der Regierungsjonne, die dieser Blüte besonders üppiges Gedeihen verhieß, und es schoß vor Gefinnung über. Bei ungünstigerer Jahreszeit wird sich das wieder geben. Man könnte sich sogar denken, daß eines Tages ein Personalentwurf auf dem Posten des Reichsrundfunkkommissars stattfindet. Das würde allerdings das Einkommen des Herrn Scholz von 40 000 auf etwa 12 000 Mk. im Jahr vermindern, sonst aber weiter keine schädlichen Folgen für ihn haben, da er sich in weiser Voraussicht seine Beamtenstellung als Regierungsrat offen gehalten hat. Die Regierung könnte ihn also im Notfall „opfern“, ohne ihm allzu wehe zu tun.

Es ist wichtig, diese Zusammenhänge zu betrachten, wenn man den Umbau, der im deutschen Rundfunk jetzt vor sich geht, richtig beurteilen will. Der Nationalsozialist Erich Scholz war eine Konzeption an die „aufbauwilligen Kräfte“, die die Freiherrenregierung zu stützen versprochen hatten. Die ungeheuerliche Parteizugehörigkeit zu den Nazis mag dem Vorgelegten des Reichsrundfunkkommissars, dem Reichsinnenminister Freiherrn v. Banzl, schon aus taktischen Gründen nicht immer sympathisch sein; die kaskierten, substanzlosen Vorträge des Pg.s, für die das Mikrophon augenblicklich eine recht ergiebige Futterkrippe geworden ist, dürften ihn kaum interessieren. Die überstürzten, allzu lärmend betriebenen Herauswürfe politisch unliebsamer Persönlichkeiten aus dem Rundfunk-„Tendenzbetrieb“ werden bereits wesentlich geräuschloser vorgenommen, erst recht die Hereinnahme der erwünschten, die kaum noch hör- und sichtbar erfolgt. Man hat nach der Eroberung des Rundfunks ziemlich reich gelernt, daß Lautlosigkeit auf diesem Gebiete die längere Taktik ist.

Dagegen werden wir wahrscheinlich sehr bald eine geräuschvolle Kulturwelle vom Rundfunk leben. Vorläufig wenigstens nicht „Kultur“, sondern Kultur ohne Anführungsstriche. Wir haben es ja dazu. Zwar nicht erst seit heute und morgen. Aber die Zeit für die Kulturpropaganda ist reif. Unter ihrem Schutze läßt sich der Rundfunk, wenn man es einigermaßen geschickt anstellt,

auf die Weise von vorgestern schieben

und dort feststellen, ohne daß die Mehrzahl der Hörer es merkt.

Steht er erst dort, so kann man in ihn ein- und ausladen was man will, kann ihn mit nationalsozialistischer Geistesarmut oder mit für den Gebrauch des Volkes leicht bearbeiteten Kulturgütern füllen. Die eigentliche, die gehaltvolle Substanz dieser Frucht wird immer Reaktion und Militarismus sein.

Wir müssen der Regierung und vor allem dem Reichsrundfunkkommissar dankbar sein, daß sie in der ersten Ule sich nicht die Zeit nahmen, das Licht der Deffentlichkeit abzublenden. Wer irgend Augen und Ohren offen hielt, hat bereits genug erfahren. Aber viele Menschen sind leider sehr schlechte Beobachter. Viele Hörer sind heute weit mehr darüber verärgert, daß ihre persönlichen Bedürfnisse und ihre eigene sozialistische Gesinnung von den Rundfunkprogrammen zur Zeit so völlig mißachtet werden, als enttäuscht über die

umfassende Volksverbildung.

die mit seiner Hilfe in die Wege geleitet wird. Diese Volksverbildung gilt es zu verfolgen. Immer breitere Kreise, alle die unaumerk-samen, gedankenlosen Hörer, müssen sich ihrer bewußt werden. Dazu wird sie kein Nichtstun bringen, der nur noch in allgemeinen Wendungen seiner Unzufriedenheit an den Rundfunkprogrammen Ausdruck geben kann, sondern nur jener, der kritisch die täglichen Darbietungen verfolgen und ihren Sinn mit anderen Hörern durch-sprechen kann.

Die Dinge liegen ja selbst heute nicht so, daß etwa das ganze Rundfunkprogramm in Bausch und Bogen zu verdammnen wäre. Es gibt so viele neutrale Vorbietungen, für die man an maßgebender Stelle gern die wirkungsvollsten, gefälligsten Formen sucht. Daß dabei nicht immer viel Herabkunft, liegt sicher nur an den schwachen Kräften, die zum großen Teil Folge oder Wirkung des Großereinemachens sind. In diesem Punkt kann der Hörer unbefragt sein; solange wir nicht gerade eine Nazidiktatur haben, wird alles mögliche getan werden, den Schaden zu bessern.

Man wird sogar noch mehr tun; man wird die Volkstümlichkeit liebevoll pflegen, oder jedenfalls das, was ein großer Teil des Volkes noch darunter versteht: gefühlsvolle oder unaufregend er-heiternde Unterhaltung und laust bildende Vorträge. Diese „volkstümliche“ Richtung ist bereits deutlich erkennbar eingeschlagen worden. An sich wäre dagegen nicht allzuviel einzumenden; erst recht nichts gegen die ihrer Natur nach nicht zeitgebundenen, wertvollen kulturellen und künstlerischen Veranstaltungen.

Doch hinter allem schieben sich heute in möglichst sicherer Deckung die Reaktion und der Militarismus ins Volk. Welchen Sinn hat es, wenn wir, die wir gegen diese geheimen Kräfte durch unsere sozialistische, gewerkschaftliche Schulung gefeit sind, durch einen Hörerstreik das Feld räumen? Die Arbeiterschaft, die einen geistig gefunden, lebendigen Rundfunk will, ist heute ohne Zweifel unter den Rundfunkhörern die Mehrzahl; die Arbeiterschaft, die imstande ist, den heute vor den Mikrophonen mit allen möglichen lebendigen Zutaten gespielten Illusionsakt als faulen Kulissenzauber zu erkennen, ist, das muß gesagt werden, zur Zeit noch in der Minderheit. Nur der Wissende kann sie aufklären. Es ist bereits an dieser Stelle betont worden, daß ein Hörerstreik heute einen empfindlichen wirtschaftlichen Schaden für das Reich bedeuten würde; noch aber könnte dieser Streik zu einem empfindlicheren geistigen Schaden für das deutsche Volk, für das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt werden. Denn nun erst könnten sich völlig ungehindert Reaktion und Militarismus auf der drohlosen Welle tummeln.

Jeder einzelne Hörer hat die Pflicht und die Pflicht, diesen Kräften Einhalt zu gebieten; als Einzelgänger vermag er nicht viel zu erreichen, wohl aber, wenn er als Glied wirkt der großen proletarischen Gemeinschaft, die er werdend vergrößern helfen muß. Tes.

1. Ubl. Unter lieber Genosse Julius L a r a c h, Gartenstr. 7. Ist nach längerem Leiden verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung Dienstag, 30. August, 13 1/2 Uhr, Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

46. Ubl. Frauenabend heute, 19 1/2 Uhr, bei Schmilkomski, Wrangelstr. 67. Thema: „Unsere Forderungen — Verminderung der Rot.“ Referentin Ruth Schulze-Georndt.

Wetter für Berlin: Teils heiter, teils wolfig, wenig veränderte Temperaturen, leichte nordöstliche Winde. — Für Deutschland: Im Westen, abgesehen von Morgennebeln, vielfach heiter und am Tage wärmer, im übrigen Deutschland wolfiges Wetter ohne wesentliche Temperaturänderung und ohne bemerkenswerte Regenfälle.

Beantworter für die Redaktion: Rik. Verstein, Berlin; Anzeigen: Otto Jung, Berlin. Verlag: Bormarts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormarts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 1. Hierzu 1 Beilage.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Wiederbeginn der Spielzeit
Donnerstag, 1. September, 20 Uhr:
Sizilianische Vesper
Dirigiert: Kleiber
de Strozzl, Kuziczka, Wittrich,
Großmann, List, Abendroth
Vorverkauf täglich bei den be-
kannten Verkaufsstellen.
Staatliches Schauspielhaus
Montag, den 29. August
Geschlossene Vorstellung
20 Uhr
Egmont

PLAZA
1a. Str. 15. 8^U u.
Nur noch
3 Tage!
Kabale und Liebe

Rose-Theater
Gröde Frankfurter Straße 132
Tel. Weidau 6 7 3422
8.30 Uhr

Herzdame
Gartenbühne
8.30 Uhr
Konzert u. Variete
Frühlingstakt

Winter Garten
11 Uhr 15. Flora 3434. Raumbenert.
Taps & Tempo, Remos Comp.
4 Richys, Sealtiel, M. & C. Mayo
Levanda, Hunter & Bobette
usw.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Berlin kann wieder lachen!
Annemarie
das kleine Tanzmädel
Volksoperette — Musik von Gilbert
Vorher ein hunder Teil.
Preisre 0,50 M., 0,75 M. und 1,- M.
Jeden Stg. nachm. 4 Uhr die ganze Vorstg. zu kl. Pr.

HAUS VATERLAND
KURVE GARDEN
Vergnügungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Trabrennen Ruhleben
Montag, 29. August
nachmittags 3 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowpl.
29. Aug. bis 4. September
8 1/2 Uhr
Werbevorstellungen
„Geld ohne Arbeit“
Komödie von Calanossi.
Alle Plätze
einschl. Garderobe u. Zetteln
(Auslösung der Karten)
0,50 M.
Vorverkauf Tietz,
K&W
Abends: Theaterk

Pumpen
Jahreszeiten
Wäres —
Filter, stählerne
Eisenbleche, usw.
Preisliste gratis!

Koblank & Co.
Pomeranstr. Berlin N 45
Reinholdstr. Straße 55.

Deutsches Theater
Weidendamm 5301.
Eröffnung
Donnerstag, 1. Sept. 8 Uhr
Erstaufführung
Wunder um Verdun
Dram. Dichtung von
Hans Chlumberg
Regie: Karl Heinz Martin.
Kassenpreise von
0,50 M. bis 11,50 M.

Rahngelbte
Wattensäckel
Quackelber
metall. Silber-
schmelz Goldschmelz-
essel. Christianat
Röbenstr. 39
Bottelstraße Wälbber-
straße.

Fritz Muth
Buttergroß-
handlung
Filialen
in allen
Stadtteilen

EISU Betten Schlehman
u. Holz-
Küchert, Polster, Chaisel, an jedem Tei-
Katalog frei. Eisenmöbelwerk (Fuhl) (Fuhl)

Es ist erreicht!
Pilsator
am Halleschen Tor
der 1/2 Liter 30 Pf.

Was ist Kulturbolschewismus?

Die Vernichtung des Bauhauses in Dessau!

Die Verkünder aller Begriffe ist in dieser erfreulichen Zeit, als Folge des allgemeinen Krieges gegen Vernunft und Menschlichkeit, so weit gediehen, daß man sich an den einfachsten Beispielen klarmachen muß, was „Kulturbolschewismus“ ist. Ein Schlagwort natürlich, das jede Partei in anderem Sinne gebraucht. Soll es aber überhaupt einer Vorstellung entsprechen, hinter der Tarnnamen stehen, so muß man es wohl als kulturzerstörend, als Negation echter Werte, interpretieren; nicht aus logischer Konstruktion (denn Bolschewismus ist doch wohl nicht gleichbedeutend mit „Zerstörung“), sondern aus volkstümlicher Empfindung heraus.

Nun soll sich ein umstrittenes Werk wie das Dessauer Bauhaus mit diesem zwar unlogischen, aber nicht ganz unklaren Begriff auseinandersetzen. Die Reaktionsäre der Dessauer Stadtverordnetenversammlung haben mit genügender Majorität die Aufhebung des Bauhauses zum 1. Oktober beschlossen. Ihr wahres Motiv kann nur der Glaube gewesen sein, damit ein „Kulturbolschewistisches Zentrum“ zu vernichten, wie ja in der Tat seit Jahr und Tag in ihrer Presse zu lesen stand. Untersuchen wir also, was das Bauhaus war und was es geleistet hat.

Es wurde 1919 von dem Architekten Walter Gropius im Auftrag des Thüringer Staates an Stelle der Weimarer Kunstgewerbeschule eingerichtet, die ein Werk Henry van de Velde's war. Es sollte dessen Tradition in einer gewandelten und strengeren Bedeutung fortsetzen; sein Sinn war, den allseitig gebildeten Künstler auf der Grundlage des „Bauens“ zu erziehen, als einen schöpferischen Menschen, der die Kunst allseitig begriff und aufzubauen verstand, der aus tiefer Kenntnis und Beherrschung der Natur und ihrer organischen Formen eine neue und naturhafte Tonform lernte und ebenso imstande war, Gebäude aus ihrem Zweck heraus zu errichten, wie sie mit Wandbildern sinnvoll zu versehen, solche Möbel aus zeitgemäßen Materialien (Stahl und Glas z. B.) zu konstruieren, schöne Gewebe und Gefäße aus Naturstoffen zu bereiten, wie Bilder zu malen oder Tanz und Schauspiel aus der Bewegungsfunktion des Menschenkörpers zu entwickeln.

Daß dieses Programm erfüllt wurde, soweit es ein kaum vierjähriger Versuch erlaubt, bewies die erste Ausstellung in Weimar im Späthommer 1923, die jedem unvergeßlich sein wird, der sie gesehen hat. Aber es regten sich schon damals feindselige Kräfte, denen alles Neue und Zukunftsreiche ein Grauel war, und zwei Jahre später wurde das Bauhaus aus Weimar vertrieben. Aber Gropius und die Seinen fanden in Dessau, dank der energischen Initiative des einflussreichen Oberbürgermeisters, eine neue Heimstätte. Hier entstanden die großartigen Bauten der Schule, der Meister- und Schülerhäuser, die 1926 bei ihrer Einweihung die Bewunderung der ganzen Welt erregten und Anlaß wurden, daß man fortan die ganze „funktionalistische“ Bauart als „Bauhausstil“ bezeichnete.

Obwohl nun hier im gleichen Geiste weitergearbeitet und immer bessere Resultate, vor allem in der Weberei, Möbelbau und Inneneinrichtung erzielt wurden, fand das Bauhaus keine Ruhe. Gropius verließ sein Werk, um sich in Berlin ganz seinen architektonischen und Siedlungsplänen zu widmen; politischer Radikalismus fand in unziemlicher Weise und leider unterstützt von einer schwachen Direktion Eingang, störte das friedliche Einvernehmen von Schülern und Meistern und bot der nie rastenden Reaktion in Dessau den Vorwand zu heftigen Angriffen. Als dann 1930 Ries van der Rohe die Leitung übernahm und das Bauhaus von kommunikativen Auswüchsen reinigte, war es schon zu spät. Die Segner aller modernen und selbstzerstörerischen Kultur ruhten nicht mehr, bis sie das hoffnungsvolle Werk gründlich zertrümmern konnten — was vor einigen Tagen geschehen ist.

Daß radikale Schülervereinigungen nicht identisch sind mit der Idee und der Tatsache des Bauhauses, müßte jedem Einsichtigen klar sein. Hier ist etwas Bedeutames und Hoffnungsvolles vernichtet worden; und mir scheint, diese Zerstörung, und nicht die positive Leistung des Bauhauses muß man „Kulturbolschewistisch“ nennen. Die Bandalen der Dessauer Ortsgewaltigen liegt auf der Linie der kulturzerstörenden Tätigkeit unseres sogenannten Faschismus. Ob das Bauhaus in Berlin oder an anderer Stelle seine Auferstehung feiern wird, steht dahin; es wäre zu hoffen, aber ich fürchte, es wird nicht sein.

Paul F. Schmidt.

Goethefeier in Frankfurt a. M.

Eine Friedensrede Gerhart Hauptmanns.

Frankfurt a. M., 29. August. (Eigenbericht.)

Mit einer Feier in der Frankfurter Paulskirche und der Uebergabe des Goethe-Preises an Gerhart Hauptmann fand die große Frankfurter Goethe-Gedächtniswoche ihren Abschluß. In der Paulskirche begrüßte Oberbürgermeister Dr. Vandmann den Dichter Gerhart Hauptmann und Reichsinnenminister von Gayl, der als Vertreter der Reichsregierung und der Länderregierungen erschienen war. Dieser führte aus: „Es ist selbstverständlich, daß die Regierung des Deutschen Reiches, gleichviel welche politische Antlit sie tragen mag, sich zu dem größten Dichter und geistigen Gestalter ihres Volkes bekennen muß und daß sie in vorderster Reihe derer zu stehen hat, die Goethes Geist heute huldigen. Wir sind uns klar darüber, daß die Kultur eines Volkes niemals durch amtliche Maßnahmen einer Regierung, niemals durch Gesetz und Paragrafen erweckt, geleitet und zu bestimmten Stufen gebracht werden kann. Die Reichsregierung unserer Tage im Geiste Goethes ihren Aufgaben gerecht werden.“

Dann sprach, mit minutenlangen Hochrufen begrüßt, Gerhart Hauptmann die Huldigung für Goethe: „Darin liegt der Sinn des Festes, das wir in dieser Stunde feiern: Bodenständig von einer herrlichen Scholle ausgehend verbreiten wir uns mit dem grenzenlosen Geiste Goethes über die ganze Menschenwelt und empfinden, erhoben über alle Kleinlichkeit und Erbarmlichkeit; Es ist ein Himmel, der sich über die Erde spannt, es ist eine Erde, die wir bewohnen, ein Herz, das in allen Menschen schlägt. Kultur, geistiger Ueberfluß, geistiges Schenken an alle, Menschlichkeit, Humanität, verständende Liebe, überall ist es, was wir zu dieser Stunde im Zeichen Goethes feiern, im Zeichen Goethes, im Zeichen des Friedens.“

Mehr als 100 000 Menschen hatten sich am Sonnabendabend zu einem Volksfest am Main zusammengefunden, um die festliche Be-

leuchtung der einzigartigen Silhouette der Stadt Frankfurt und ein großes Feuerwerk zu bewundern.

Am Sonntagvormittag erschien trotz strömendem Regen „Graf Zeppelin“ über der Stadt, zog zahlreiche Kreise und warf einen riesigen Vorbeerkranz über dem Geburtshaus Goethes ab.

Zwei Tage Rundfunk.

Militärfilmreklame, Goethe und ein Scherz.

Ein Herr namens Wolf Zeller trat am Sonnabend vor das Mikrophon der Berliner Funkstunde. Man brauchte nicht lange hinzuhören, um zu erkennen, daß seine dunklen Ergüsse über „Arbeitermythos“ aus dem nationalsozialistischen Phrasenschatz für Rundfunkredner gespeist wurden, der ja nicht gerade reich ist, dafür aber sich mit allem, außer mit geistiger Substanz mühelos verbindet. Und von geistiger Substanz war in diesem unheimlichen Seelenkaffee nichts zu spüren. Sehr viel ernster zu nehmen waren die Ausführungen Franz Köppens in der Reihe „10 Minuten Film“. Die zehn Minuten sollten Stimmung machen für den nationalsozialistisch-militaristischen Film und darüber hinaus für den Militarismus überhaupt. Herr Franz Köppen verstand sein Werk. Unter dem Schutze einiger treffender kritischer Wendungen unternahm er seinen Vorstoß: für Aufrüstung, für die Verbreitung dieser Gesinnung durch die netten kleinen Kurzfilme der neugegründeten „Patria“-Gesellschaft, die, wenn uns nicht alles täuscht, liebevoll vom Reichsmehrministerium genährt wird.

Am Sonntag feierten wir Goethes Geburtstag. Die aus Frankfurt a. M. übernommenen offiziellen Veranstaltungen waren teils schön, teils nützlich zu hören. Eine literarische Stunde „Zu Goethes Geburtstag“, die von der Funkstunde veranstaltet

wurde, verlief daher merkwürdig lahm, trotz einer verhältnismäßig guten Stoffauswahl. Aber die meisten Sprecher waren teils schlecht gewählt, teils unzureichend vorbereitet.

Am Abend wurden aus Königsberg auf den Deutsch-Landsender klassische Sereaden übertragen. Da sich darunter für preussische Militärmusik nicht gut ein Platz finden ließ, wurde wenigstens in den erläuternden Zwischenjahren die eigenartige „Belehrung“ untergebracht, daß die gerade Fortsetzung dieser volkstümlichen Musik in den — heutigen Militärmärschen zu finden sei...!

—12.

Deutsche Bauausstellung in Rußland

Am 15. September wird in Moskau eine Ausstellung zeitgenössischer deutscher Architektur eröffnet, die anschließend in Leningrad und Charkow, wahrscheinlich auch in Tiflis gezeigt werden wird. Zusammenge stellt ist sie im Auftrag der Deutschen Kunstgemeinschaft und in Verbindung mit der Leipziger Baumeße von Dr. Alfred Kuhn, der schon wiederholt gute Ausstellungen deutscher Kunst im Ausland zusammengebracht hat. Es fehlt, von Poelzig und Tessenow bis zu den Jüngsten, wie Ludwig und Zweigenthal, kaum eine Name von Bedeutung; und neben den Photos und Plänen und einigen Modellen wird eine Sonderchau der Leipziger Baumeße über die moderne Bautechnik und die Materialien unterrichten; Lichtbild- und Filmvortrage sollen das Wirken unserer Bauindustrie schildern. Da durch die Beratung von Ernst May und mehreren anderer namhafter Architekten die deutsche Baukunst bereits aufs vorteilhafteste in Rußland eingeführt ist, kann man von dieser vorbildlich organisierten Schau nur das Beste für die Wirkung unserer Architektur erhoffen. Es wäre zu wünschen, daß man unsere gesamte gegenwärtige Kunst derart überall im Ausland propagieren möchte.

p. f. sch.

Theater billiger als Kino. Am 29. August beginnt die Volksbühne mit ihrer zweiten Serie von Werbeaufführungen, die bis zum 4. September reicht. Zur Anführung gelangt die Komödie von Colasanti und Stemmle „Weid ohne Arbeit“, Regie: Günther Storr. Diese Werbeaufführungen sind jedermann auf allen Plätzen für 50 Pf. zugänglich, Privat- und Kleiderablage frei. Die Karten werden ausverkauft, doch so, daß Verwandte und Bekannte nebeneinander sitzen können. Die normalen Aufführungsbeiträge der Volksbühne betragen 1,50 M.

Verfassungskonflikt 1862

Eine zeitgemäße Erinnerung von O. P. Mayer

Ueber die Heeresvorlage war es zwischen der preussischen Regierung und dem preussischen Abgeordnetenhaus zu einem schweren Konflikt gekommen. Der Landtag mit einer überwiegenden fortschrittlichen und liberalen Mehrheit stand der Neuordnung des preussischen Heeres oppositionell gegenüber: die oppositionelle Mehrheit lehnte die dreijährige (statt der bisherigen zweijährigen) Dienstzeit ab und ersuchte die Regierung, die versucht hatte, die Mehrkosten der Heeresvorlage auf andere Etatsposten zu verteilen, den Etat in allen Einzelpositionen zu spezifizieren. Die Regierung sah keinen Ausweg mehr und erklärte am 8. März 1862 ihren Rücktritt. König Wilhelm I. nimmt aber den Rücktritt des Kabinetts nicht an und löst den Preussischen Landtag auf. Erst dann wird ein neues Kabinett ernannt, in dem fünf Konservative als Minister sitzen. Die „Neue Aera“ ist zu Ende.

Der Kampf um die Heeresvorlage geht weiter. Das bisher vom Landtag bewilligte Provisorium wird vom Budgetausschuß des Parlaments abgelehnt. Die Regierung beruft sich auf eine Lücke in der Verfassung, sofern keine Einigung zwischen Parlament und Regierung zustande kommen könne. Der König ist zum Widerstand entschlossen. Am 16. September 1862 lehnt der Landtag mit 273 gegen 68 Stimmen den ersten Titel des Provisoriums ab. Der Kriegsminister von Roon schlägt dem König die Berufung Bismarcks als preussischen Ministerpräsidenten vor.

Der preussische Gesandte in Paris, Herr von Bismarck, wird am Nachmittag des 22. September vom König im Schloß Wobersberg empfangen. Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ jene denkwürdige Unterredung mit Wilhelm I. ausgezeichnet. Der König war zur Abdankung entschlossen. „Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen und meine Abdikationsurkunde (Abdankungsurkunde), durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen.“

Bismarck erklärt dem König seine Bereitschaft, in das Ministerium einzutreten; er sei gewiß, daß Roon mit ihm bleiben werde und er zweifle nicht, daß die weitere Beroollständigung des Kabinetts gelingen werde, falls andere Mitglieder sich durch seinen Eintritt zum Rücktritt bewegen fühlen sollten. Nach dieser Erklärung stellte der König Bismarck die Frage, ob er bereit sei, als Minister für die Militärreorganisation einzutreten und dann, nach Bismarcks zustimmender Antwort, die weitere Frage, ob er die Reorganisation des Heeres auch gegen die Majorität des Landtags und dessen Beschlüsse vertreten wolle. Bismarck bejahte auch diese Frage und Wilhelm erklärte nunmehr, es sei seine Pflicht, mit Bismarck die Weiterführung des Kampfes zu versuchen und nicht abzudanken.

Bismarck nimmt diese Situation zum Anlaß, seine grundsätzliche Staatsauffassung in knapper Form zu umreißen: „Es gelang mir, ihn (den König) zu überzeugen, daß es sich für ihn nicht um Konservativ oder Liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handle, und daß die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzumenden sei. Ich sagte: „An dieser Lage werde ich, selbst wenn Eure Majestät mir Dinge befehlen sollten, die ich nicht für richtig halte, Ihnen zwar diese meine Meinung offen entwickeln, aber wenn Sie auf der Ubrigen schließlich beharren, lieber mit dem Könige untergehen, als Eure Majestät im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen.“ Diese Auffassung war damals durchaus lebendig und maßgebend in mir, weil ich die Negation und die Phrase der damaligen Opposition für politisch verderblich hielt im Angesicht der nationalen Aufgaben Preußens und weil ich für Wilhelm I. person-

lich so starke Gefühle der Hingabe und Anhänglichkeit hegte, daß mir der Gedanke, in Gemeinschaft mit ihm zugrunde zu gehen, als ein nach Umständen natürlicher und sympathischer Abschluß des Lebens erschien.“

Der neue Ministerpräsident stieß in der preussischen und deutschen Öffentlichkeit auf ein Maß von Ablehnung und Feindschaft, das beispiellos war. Am Tage der offiziellen Ernennung Bismarcks wurde die ganze Heeresvorlage inli übermächtig, der Mehrheit, gegen 11 Stimmen, getrichen. Was tut nun Bismarck?

Er zieht den ganzen Etat für das Jahr 1863 zurück und erklärt im Landtag, daß der Etat nur mit der gleichzeitigen Verabschiedung eines Gesetzes über die militärische Dienstpflicht möglich sei. Bismarck weicht also der oppositionellen Mehrheit aus. In der Ausschuffigung der Etatskommission wird der Fuchs jedoch gefasst. Er dürfe sich nicht auf eine Lücke der Verfassung berufen, ein Etat müsse vorgelegt werden. Es sei die Aufgabe der Regierung, die verfassungsmäßigen Instanzen: Landtag, Herrenhaus und Regierung, in Einklang zu bringen. Bismarck erwidert gereizt: es gebe Wichtigeres als solche doktrinarischen innerpolitischen Auseinandersetzungen. „Die großen Fragen der Gegenwart“, erklärt er, „werden nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse gelöst werden, sondern durch Blut und Eisen!“ Der autoritäre Machtpolitiker hat in jücher Aufwallung die Waage gelüftet — durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei des Entsetzens.

Der König, auf Befehl in Baden-Baden, kehrt sofort nach Berlin zurück. Sein Ministerpräsident fängt ihn in kluger Voraussicht in Jüterbog ab. Der König ist verstimmt und unsicher, was er tun soll. Soll er Bismarck entlassen, wie ihm in Baden eingeflüstert wurde? Der König und Bismarck sitzen allein in einem Abteil erster Klasse. Düstere Worte sagt der König: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir.“

„Et aprés, sire? Und dann, Majestät?“ erwiderte Bismarck verhalten.

„Ja, aprés, dann sind wir tot!“ gab der König zur Antwort... „Eure Majestät sind in der Notwendigkeit, zu sechten. Sie können nicht kapitulieren, Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Bergewaltigung entgegenreten.“ „Je länger ich in diesem Sinne sprach, desto mehr belebte sich der König und fühlte sich in die Rolle des für Königtum und Vaterland kämpfenden Offiziers hinein.“

Schon vor der Ankunft in Berlin, so berichtet Bismarck in seinen Lebenserinnerungen weiter, geriet der König „in eine heitere, man kann sagen fröhliche und kampfstufige Stimmung...“, die sich den empfangenden Ministern und Beamten gegenüber auf das unzweideutige erkennen machte.“ Bismarck blieb.

Das Preussische Herrenhaus indes lehnt den ihm vom Landtag überwiesenen Etat ab und stellt unter Zustimmung des Ministerpräsidenten den im Landtag zurückgezogenen Regierungsetat wieder her. Wie nicht anders zu erwarten, erklärt der Landtag das Verfahren des Herrenhauses für ungeheürlich. Die Tatsache des offenen Verfassungsbruches war gegeben. Bismarck vertagt den Landtag auf unbestimmte Zeit und erklärt, auch ohne ordnungsgemäßen Etat zu regieren!

Wenn sich Bismarck auch späterhin bemüht hat, den Bruch, den diese Handlung damals und später im preussischen und deutschen Verfassungslieben hinterlassen hat, zu verklären, es gelang ihm nie. Die Erinnerung an die Konfliktzeit blieb lebendig und keine deutsche Regierung wird es je wieder wagen dürfen, ähnliche Wege zu gehen, wenn sie nicht eine Gefahr heraufbeschwören will, die Bismarck damals, während der Konfliktzeit, Freunden gegenüber in die Worte kleidete:

„Mir scheint, als ob es möglich sei, daß dieser Staat schon dem Untergang geweiht ist...“

Polen Sieger im Europaflug

Poss und Morzik belegten 2. und 3. Platz

Wie zu erwarten, ist der Pole Zwicko mit 461 Punkten Sieger im Europaflug geworden. Zweiter und Dritter wurden die Deutschen Poss und Morzik mit 458 Punkten. Mit dem Siege Zwickos erringt Polen den französischen Wanderpokal. Außerdem fallen dem fleißigen Flieger 100 000 Franken zu. Der deutsche Flieger Poss, der als Zweiter landete, erhält 50 000 Franken und der deutsche Flieger Morzik, der Dritter wurde, 25 000 Franken.

Das 300-km-Luftrennen

Nach wie vor das Schlachtfeld, das eine Geschwindigkeitsprüfung über 300 Kilometer brachte, so heiß umstritten wie in diesem Jahr. Das Rennen begann in Staaten, wo am 15.15 Uhr als erster der polnische Flieger Zwicko gestartet war. Ihm folgte mit 5 Minuten Abstand Poss und dann hintereinander Hirth, Frey, Morzik und die anderen Flieger, die noch im Wettbewerb waren. Wenige Minuten später überflogen die Flieger den Flughafen Tempelhof, wo sie Weidendeutschen abwerfen mußten. Kaum hatten sie Tempelhof passiert, da trafen auch schon die ersten Meldungen von der Strecke ein. In Frankfurt a. d. O. führte Zwicko noch mit demselben Abstand, den er beim Start gehabt hatte. In Kirchhain/Drohbrügg hatte sich das Bild schon zugunsten von Hirth geändert, der nur 2 1/2 Minuten hinter dem Polen lag. Spannung herrschte bei allen Tausenden von Besuchern in Tempelhof, die durch den Lautsprecher über den Stand des Flugrennens unterrichtet wurden. Kurz nach 16.30 Uhr wurde dann das polnische Flugzeug über dem Südrande des Flughafens gesichtet. Zwicko überflog das Zielband um 16.43 Uhr. Hinter ihm traf nicht, wie erwartet, Hirth ein, sondern Morzik, der mit seinem schnellen Heinkel-Eindecker stark aufgeholt hatte. Hirth hatte infolgedessen Pech, als er auf dem Flughafen kurz vor Erreichung des Ziels notlanden mußte, da unterwegs seine Benzinleitung geplatzt war. Als Dritter überflog dann Poss das Zielband und etwas später der Schweizer Frey. Hintereinander trafen dann ein die sieben Deutschen Cuno, Seidemann, Stein, Jundt, Luffer,

von Massenbach und Mariensfeld, sodann die Polen Karpinski und Bojan, der Tscheche Kalla, ferner die beiden Deutschen Dr. Palewaldt und der Senior der Europaflieger Osterkamp und als letzter der Pole Gledgomb und der Tscheche Anderle. Die Franzosen, die den Geschwindigkeitsflug im Geschwaderflug zurückgelegt hatten, landeten geschlossen und führten, während die Sieger begrüßt wurden, Staffelflüge über dem Flugplatz aus.

Hirths Pech

Besonderes Pech hatte Hirth, der die meisten Aussichten hatte, den Punkteertrag des Polen Zwicko bei der Geschwindigkeitsprüfung noch aufzuholen. Wie Hirth selbst sagte, wäre ihm das Aufholen auch bis auf einen Punkt geglückt, so daß er immer noch zweiter hätte werden können. Leider ging Hirth nun auch dieser Platz, der ihm ziemlich sicher schien, verloren dadurch, daß eine Schraube in der Benzinpumpe seines Motors sich gelockert hatte und er den ganzen Brennstoff verlor. Mit dem letzten Tropfen kam er gerade noch in den Flughafen Tempelhof hinein. Besonders bedauerlich ist dieser Vorfall nicht nur für Wolf Hirth, den Flieger, sondern auch für Hellmuth Hirth, dem Konstrukteur, den man für seinen neuen Motor, der allen schwierigen Prüfungen dieses Wettbewerbes standgehalten hat, auch diese äußere Anerkennung gern gewünscht hätte. Wolf Hirth hat dann, nachdem alle anderen Flieger von dem Geschwindigkeitsflug zurückgekehrt waren, noch einen kurzen Flug gemacht, um das Zielband zu überfliegen, damit seine Notlandung in Tempelhof nicht auch noch das Ausscheiden aus der Gesamtwertung zur Folge hatte.

Das Endergebnis

Nach den endgültigen Berechnungen ergibt sich für den Europaflug 1932 folgendes Ergebnis in Punkten: Zwicko 461, Poss 458, Morzik 458, Stein 453, Frey 452, Hirth 450, Cuno 447, Seidemann 447, Luffer 437, Karpinski 435, Bojan 433, Kalla 428, Palewaldt 426, Osterkamp 426, Jundt 424, Massenbach 415, Mariensfeld 375, Gledgomb 345, Anderle 273, Delmotte 265, Kleps 221, Duroyon 214, Arnou 162, Nicolle 151.

Sportfeste am Sonntag

Rege Beteiligung in Moabit und Lichtenrade — Gute Ergebnisse

Mit der Beteiligung von etwa 500 Sportlern aus Stettin, Braunschweig und der weiteren Umgebung Berlins wartete der Sportverein Moabit gestern und Sonnabend mit einer großen Leichtathletikveranstaltung auf. Den Auftakt am Sonnabend bildeten 100 Knaben und Mädchen aus Bannsee, Köpenick und Moabit mit Wehrstößen und Stoßstößen. Neben technischen Geräten brachten die Sonnabendläufer interessante Entscheidungen in den 3x200-Meter-Stoßstößen und 800-Meter-Läufen. Die Jugendstaffel holte sich der Veranstalter, während bei den Männern Rot-Weiß sowie Moabit vor Osting in Front lag. Osting trat allerdings nicht voll an. Im 800-Meter-Lauf lief Reimann mit 2:06,3 Minuten eine gute Zeit. Der A-Lauf brachte den erwarteten Dreikampf zwischen den Ostingern Ritter, Ritscher und Braun-HSC, der sich erst in der Geraden zugunsten Ritters entschied.

Der Sonntag zeigte ab 12.30 Uhr zunächst die zahlreiche Teilnehmerzahl in harten Vorkämpfen. Die aufstrebenden Vereine, Sportvereinigungen Fichte und die Pantower Jugend, wiesen sehr guten Nachwuchs vor und waren in den Entscheidungen stets zu beachten. Um 15 Uhr füllte sich der Platz mit etwa 1500 Zuschauern. Zwei alte „Belannte“ gingen in den Klassen der Weiteren mit Heller-Wildau und Lippert-Ostring als Sieger aus den Dreikämpfen hervor. Die besten 100-Meter-Zeiten der Sportlerinnen liefen Handke und Weiß-Rot-Weiß. Bei der Jugend behaupteten Hanisch-Südost und Schillbach-Ostring ihre Positionen. Die beachtliche Zeit von 12,2 Sek. lief Brandstätter-Moabit bei den älteren Sportlern. Sühring-Fichte und Krause-Moabit benötigten bei den Anfängern bzw. im B-Lauf 12 Sekunden. Trappel-Ostring und Hennig-Moabit endete im Hauptkampf auf gleicher Höhe knapp vor Fischer-B. Bedding in 11,5 Sekunden. Die Bestleistungen waren bei allen besser. Mit Arjot-Südost war im Hochsprung ein Außenleiter an der Spitze. Beim Jugendweitsprung überbrang Hanisch-Südost die 6-Meter-Marke. Hinter Bergens-Schönow erreichten zwei Keulinger Bülow-Kofengarten und Stolz-Tegel 3 Meter. Bülow ist ferner der erste im I. Kreis, der im Speerwerfen nach langer Zeit 50,30 Meter erreichte. Die Werfer zeigten sich überhaupt gestern von der Seite. Drei Sportler stießen die Angel über 11 Meter; von den Jugendlichen war Kumm-Kaufsdorf mit 12,30 Metern der beste im älteren Jahrgang und Degener-HSC-Bedding mit 11,30 Meter bei den Jüngeren. Die Sportlerinnen Jakob-Johndorf und Weiß-Rot-Weiß rückten mit ihren Werten im Speer- bzw. Diskuswerfen mit 33,12 und 30,28 Meter an die Bundesbestleistungen heran.

Spannend gestalteten sich die Mittelstreckenläufe. Im 1500-Meter-Lauf zog Birkholz-Stettin dem Felde in der letzten Runde davon und gewann in der guten Zeit von 4:13,4 Minuten. Mit-Fichte konnte Ritter-Ostring auf den dritten Platz vorweisen. Im B-Lauf war es wieder Reimann-Rot-Weiß, der mit seinem Siege nun zur A-Klasse aufrücken dürfte. Hagenow-Braunschweig erwies sich im 800-Meter-Jugendlauf den Berlinern in der hervorragenden Zeit von 2:08,9 Minuten überlegen. Beide Jugendläufe zeugten jedoch von gutem Nachwuchs. Den Höhepunkt des Festes bildeten wie immer

die Stafetten

Fichte holte sich die Jugend-Schwedenstaffette. In der 4x100-Meter konnte diesmal Moabit einen Meter vor Osting und fünf Meter vor Stettin einlaufen. Nur Handbreiten trennten im zweiten Lauf Schöneberg, Schönnow und Osting II. Die Jugendstaffel ließ wiederum Fichte vor Moabit und Pantow Tegel schlug Willnerdorf in der C-Klasse. Bei den älteren Sportlern gewann der Veranstalter und bei den Sportlerinnen waren Rot-Weiß und Schönnow die Endläufer. Die 4x400-Meter-Staffel sieht nach dauernder Führung von Stettin die Moabit durch energiegelassenen Schlusslauf von Hennig als Sieger. Nachdem Bergens-Schönnow erst im Endspurt den 500-Meter-Lauf vor Krüger-Böhnow entscheiden konnte, schloß das reichhaltige Fest mit der 10x1/2-Runden-Staffette. Moabit ließ sich diesen Schlüssel als Propaganda in seinem Bezirk nicht entgehen und gewann im Gesamtsieg vor Osting. Es folgten HSC-Bedding mit einem Meter vor Rot-Weiß und zehn Meter vor Fichte die Sieger der B-Klasse.

Nach der Veranstaltung waren die Teilnehmer noch zu einer Saalveranstaltung unter Mithilfe der Volksbühne im Tiergartenhof zur Abschlußfeier einige Zeit gemütlich beisammen.

In Lichtenrade

veranstaltete der dortige Bezirk der FTSB. ein sehr gut ausgelegenes Werksportfest. Aus allen Gegenden Berlins waren die Vereine herbeigezogen, um diesen Vorposten der Arbeiterbewegung zu unterstützen. Die Bezirke Norden I, Süden, Westen, Pantow, Tempelhof und Reinickendorf-Ost der FTSB, sowie der Volkssport-Neußölln und Jassen ließen es sich nicht nehmen, zu kommen. Und sie haben die Fahrt nicht umsonst gemacht. Der erst 9 Monate bestehende Bezirk Lichtenrade hatte sich alle Mühe gegeben, um seinen Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Nach dem Einmarsch der 400 Sportler und Sportlerinnen begrüßte der Vorsitzende Lichtenrades die Gäste. „Nur wenn alle, Partei, Gewerkschaften und Sportler in einer Front zusammenstehen, dann wird es auch möglich sein, dem Faschismus die verdiente Niederlage zu bereiten.“ Dann entwickelte sich ein reges sportliches Treiben auf allen Plätzen. Hier wurde Handball, dort Trommelball gespielt; in einer freien Ecke sangen und spielten die Kinderfreunde, während auf der Wägenbahn die leichtathletischen Wettkämpfe vor sich gingen. Die Leichtathleten hatten auf der sehr harten Bahn einen schweren Stand. So ist es auch erklärlich, daß bei den 100-Meter-Läufen der Männer als beste Zeit nur 12,1 Sek. gefloppelt werden konnten. Das Hauptinteresse wandte sich natürlich den Stoßstößen zu, in denen es zu einigen harten Kämpfen um den Sieg kam. Das Hochsprungspiel zwischen dem Volkssport-Neußölln und dem Bezirk Tempelhof der FTSB, endete mit dem knappen Sieg von 5:4 der Tempelhofer, während das Resultat bei der Pause noch 3:2 für Neußölln lautete. Das Handball-Bühnturnier ergab folgende Ergebnisse: Lichtenrade gegen Westen 3:3, Pantow gegen Süden 3:3, Lichtenrade gegen Süden 1:5, Westen gegen Pantow 0:5, Lichtenrade gegen Pantow 4:3, Westen gegen Süden 2:8. Sieger des Turniers ist Süden mit 5:1 Punkten. Zweiter Pantow und Lichtenrade 3:3 und Westen 1:5 Punkten. Das Pflichtspiel zwischen Jassen und Süden endete mit dem hohen Sieg der Südmannschaft von 9:0. Im Trommelball trennten sich die Lichtenrader Frauen von denen Tempelhofs mit 56:45 Punkten.

Unsere Kinder werben!

Das von der Lützenwalder Turnerschaft arrangerierte Kinderportfest nahm bei überaus zahlreicher Beteiligung einen in jeder Beziehung befriedigenden Verlauf. Alle Kinder fanden gastfreundliche Aufnahme bei Bundesmitgliedern, Gewerkschafts- und Parteifreunden. Der Elternabend im Turnerheim brachte turnerische und gymnastische Vorführungen, die unterbrochen wurden von Singspielen und Chorgefängen. Die Sprechbewegungsschule der Kinder brachten neue Anregungen für die Arbeit in unieren Kinderabteilungen. Für die Gastgeber sprach Lehrer Hans Kühn-Lützenwalde, für die Zentralstelle für Kinderleibesübungen im Kreis und Bezirk Bezirksleiter Otto Schittan. Zum Abschluß des Abends führte HSC-Brix das Chorwort: „Was wir wollen!“ zum ersten Male auf. Einzelsprecher, Gesang, Sprechchor und Musik formten eine Darbietung, die das Publikum zum Beifallsturm und brausenden „Freiheit“-Rufen hinriß. Das sportliche Sonntagsprogramm begann mit Dreikämpfen und Hölker- und Handballspielen. Der Festzug führte etwa 600 Kinder zum Festplatz, der ebenfalls wieder einen sehr guten Besuch aufwies. Auch hier zeigten die Kinder durch turnerische und leichtathletische Leistungen, Massenübungen und Singspiele brachten Abwechslung und die Aufführung aller Lützenwalder Kinder: „Wenn wir einmal groß geworden...!“ war eine anerkannt wertvolle Leistung. Der Lützenwalder Turnerschaft und der organisierten Arbeiterkraft verdanken die Kinder zwei schöne Festtage. Die Resultate der leichtathletischen Wettkämpfe und der Spiele werden den beteiligten Vereinen zugeandt.

„Solidarität“ im Lunapark

Um die Bezirksmeisterschaften

Der Lunapark stand gestern im Zeichen der Schwarzrot-goldenen und roten Fahnen. Die Groß-Berliner Ortsgruppe des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes Solidarität ließ hier die Bezirksmeisterschaften zum Austrag bringen. Und man muß schon sagen, daß die Berliner Funktionäre ein äußerst feierliches Programm zusammengestellt hatten, das ein dankbares und selten stark vertretenes Publikum fand.

Da waren zunächst die Rollenradrennen auf der Bühne am See. Zu dem Fliegerrennen über 1 Kilometer hatten zahlreiche Berliner Aktive ihre Meldung abgegeben, so daß drei Vorläufe erforderlich wurden. Für den Endlauf qualifizierten sich die drei Sieger der Vorläufe Sachtleben, Ritscher und Firlen sowie Schubert und Unger, die nach den Siegen die beste Zeit gefahren hatten. Unger blieb es vorbehalten, Sachtleben eine knappe, doch einwandfreie Niederlage beizubringen. Die beiden Jugendrennen über 3 und 5 Kilometer wurden von Ludwig und Münch gewonnen. Im Punktefahren über 6 Kilometer holte sich Unger neun Vorbeeren, indem er seine Gegner Rüdike und Dietrich nach Gefallen überrundete. Dafür dominierte einer der Geschlagenen, Dietrich, im Geschwindigkeitsfahren. Die Fahrer mußten hier u. a. eine Schachtel Hühner entleeren, um dann die Hölzer wieder in die Schachtel zu legen. Von den vier Fahrern blieb Dietrich strafpunktlos. Das Mannschaftsrennen über 10 Kilometer wurde eine Beute der Mannschaft Sachtleben-Herzog.

Auch das Kunstfahren auf der Fahrbahn vor dem Orchester verlief äußerst interessant. Es versteht sich von selbst, daß die Akteure durchweg gute Leistungen vollbrachten. Pliegen doch die Arbeiter-Radler schon von jeder den Kassischen Saal, Farben-, Kunst- und Schultreigen wurden von schön umkämpften Radball- und Radpolospielen unterbrochen, und in allen Sparten war man bemüht, erst zu fahren. Galt es doch auch hier, den Titel des Bezirksmeisters zu erringen. Die Wertungskommission hatte viel Arbeit zu leisten. Hart umkämpft war der Sieg im Achter-Farbenreiten den sich die Ortsgruppe Steglitz zu holen wußte. Im Zweier- und auch im Dreier-Radpolospiel behaupteten sich außerdem die Steglitzer gegen Oberhörnemeide, um auch im Zweier-Radball gegen Schöneberg zu gewinnen. Reichen und berechtigten Beifall fand das Einer-Kunstfahren unseres jungen Olympiademesters Hübner-Caputh. Schade, daß diesem starken Mann ein nur mangelhaftes Vorführungsportlet zur Verfügung stand — seine Leistungen wären sonst noch besser ausgefallen.

Alles in allem: ein wohl gelungenes Fest!

Die Ergebnisse: Fliegerrennen über 1 Kilometer: 1. Unger 35% Sek.; 2. Sachtleben 39% Sek. — Jugendrennen über 3 Kilometer: 1. Ludwig 2 Min. 30 Sek.; 2. Münch 2 Min. 38 Sek. — Jugendrennen (Punktefahren) über 5 Kilometer: 1. Münch 20 P.; 2. Langmeier 10 P. — Punktefahren (Hauptklasse) über 6 Kilometer: 1. Unger 20 P.; zwei Runden zurück: 2. Rüdike 13 P.; 3. Dietrich 8 P. — Geschwindigkeitsfahren über 5 Kilometer: 1. Dietrich 0 Straf-punkte; 2. Schubert 1 Straf-punkt. — Mannschaftsrennen über 10 Kilometer: 1. Sachtleben-Herzog 20 P.; 2. Rüdike-Unger 13 P.; 1 Runde zurück: 3. Rüdike-Ritscher 7 P. — Achter-Farbenreiten: Bezirksmeister Ortsgruppe Steglitz, 45 P.; 2. Ortsgruppe Schöneberg, 44 P.; 3. Ortsgruppe Charlottenburg, 44 Punkte. — Dreier-Kunstfahren, Klasse II: Bezirksmeister Ortsgruppe Schöneberg. — Sechser-Kunstfahren: Bezirksmeister Ortsgruppe Steglitz. — Einer-Kunstfahren: Hübner-Caputh 14,4 P. — Sechser-Kunstfahren: Bezirksmeister Ortsgruppe Romow. — Zweier-Radpolospiel Steglitz-Oberhörnemeide 4:3 für Steglitz. — Radballspiel Steglitz-Schöneberg 7:4 für Steglitz. — Dreier-Radpolospiel Steglitz-Oberhörnemeide 3:2 für Steglitz. — Dreier-Radballspiel Romow-Schöneberg 2:1 für Romow.

Steher-Weltmeisterschaft in Rom am Montag

Am Sonntagnachmittag gingen in Rom und Umgebung mit starken Regenfällen verbundene Gewitter nieder, die sich bis zum Abend hinzogen. Unter diesen Umständen war natürlich an die Austragung des Endlaufes zur Steher-Weltmeisterschaft über 100 Kilometer nicht zu denken, und so wurde das Rennen, an dem Sawai, Möller, Baillard, Pinart und Lacquehan teilnahmeberechtigt sind, um 24 Stunden, auf Montagabend 9 Uhr verlegt.

Hertha BSC schlägt Tennis-Borussia. Bei dem Verbandspokalspiel der bürgerlichen Fußballer gewann der Altmeister Hertha-BSC gegen seinen alten Rivalen und diesjährigen Verbandsmeister Tennis-Borussia mit 5:2, nachdem die Tennis-Borussen bereits mit 2:0 in Führung lagen.

Die „Naturfreunde“-Fahrdienst nach dem Uckersee ist ausverkauft. Die gleiche Fahrt findet noch einmal am 24. und 25. September statt. Abfahrt am Sonnabend, dem 24. September, 17 Uhr, Spandau, Vindener; Ankunft in Lehnhiesee gegen 20 1/2 Uhr (Uebernachtung). Weiterfahrt am Sonntagmorgen und Ankunft gegen 9 Uhr an der Kaiserwegbrücke, in der Nähe des Uckersees. Rückkehr gegen 21 Uhr am 25. September in Spandau. Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt einschließlich der Uebernachtung 2,50 M. für die 2-Bett-Kabine, 2 M. für die Wehrbettkabine. Anmeldungen in der Geschäftsstelle des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, R. 24, Johannstraße 15, Tel. D 1 4177. Gäste willkommen.

Bundestreue Vereine teilen mit:

FTSB, Bezirk Stralau: Dienstag, 30. August, Vorkampfung bei Sollen-hack, 31. Stralau 8. Beginn 19 Uhr. — Bezirk West: Montag, 29. August, 20 Uhr, Vorkampfung bei Sollen-hack. Dienstag, 30. August, 20 Uhr, Vorkampfung, Schule Lindenholzstraße. Donnerstag, 1. September, Eröffnung des Jugendheims Schule Lindenholzstraße. Hierzu sind alle Interessenten der Kinderfreunde, FTSB und FTSB, herzlich eingeladen. Gleichzeitig beginnt an diesem Abend im Jugendheim der Jugendkursus der Sportler. Freitag treffen hier alle aktiven Mitglieder der „Ehrenfreunde“, ausgerüstet mit einer Turn-hose, in der Turnhalle, die hierher Anmeldungen herleiten. Der Fußballklub Germania führt zur Vorkampfung seiner Frauenhandballmannschaft und Jugendfußballmannschaft nach einigen Spielertreffen und Spielen. Interessierten melden sich Mittwochs 19 Uhr beim Training auf dem Sportplatz Germania. Ende Aufschreibes über Freitags 20 Uhr bei Hugo Wegner, Frankfurt Ucker.

Rundfunk am Abend

Montag, den 29. August

Berlin: 16.05 John Locke (Privatdozent Dr. H. Kuhn). 16.30 Klaviermusik. 16.55 Lieder. 17.30 Aus der guten alten Fußballzeit (G. Fischer). 17.50 An der deutschen Ostgrenze (Dr. E. Lotichius). 18.15 Mandolinorchesterkonzert. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 F. Langer: Eigene Prosa. 19.35 Reisen im Herbst (Dr. E. Marcys). 20.00 Aus Breslau: Rübzahlis Streiche (heitere Hörzonen). 21.00 Tages- und Sportnachrichten. 21.10 Kammerorchesterkonzert. 21.15 Politische Zeitungsschau (Dr. J. Rauscher). Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.

Königswusterhausen: 16.00 Pädagogischer Funk. 17.30 Das Gesicht der modernen Zeitung (P. Steinborn). 18.00 Musikieren mit unsichtbaren Partnern (Dr. H. Just). 18.30 Spanisch für Anfänger (Gertrud v. Eyseren, Dr. F. Armesto). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Aktuelle Stunde. 19.30 Stunde des Landwirts. 20.00 Aus London: Konzert. 21.30 Aus „Werthers Leiden“ von Goethe (F. Kayßer). Sonst: Berliner Programm. Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pl. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.